

Ergebnis  
an allen Werktagen.

Bezugspreis monatlich 30 Pf.  
bei der Geschäftsstelle 3.50  
in den Ausgabenstellen 3.70  
durch Zeitungsboten 3.80  
durch die Post . . . 3.50  
auschl. Postgebühren.  
ins Ausland 6 Goldmark bei  
täglicher Versendung und 5  
Goldmark bei 2 mal wöchent-  
licher Versendung.

Fernsprecher 6105, 6275.  
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

# Posener Tageblatt

Einzelnummer 15 Groschen

mit illustrierter Beilage 30 Gr.



(Posener Warte)

Postcheckkonto für Polen  
Nr. 200 283 in Posen.

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezieher

keinen Anspruch auf Nachleistung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

65. Jahrgang. Nr. 22.

**BARUSIN**  
DIE DAUERHAFTE DACHEINDECKUNG  
OSKAR BECKER  
POZNAŃ SW. MARCIN 59.

## Das höchste Gericht gegen das Liquidationskomitee.

„Mangelhaftes Verfahren“.

Oberste Verwaltungsgericht.

L. Rej. 319/23 — 770/23 und 1292/23.

Im Namen des polnischen Staates!

Das Oberste Verwaltungsgericht unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Różewski in Anwesenheit des Richter: Dr. Morawski, Dr. Podgórski, Zwoliński, Borowski und des Provinzialsenats Lukasiewicz bestätigt in der Sache des Gerhard Behrend von Graß in Starzyński Dwor gegen die Entscheidungen des Liquidationskomitees in Posen vom 19. 1. 1923 L. 1321, vom 8. 3. 1923 L. 3038 und vom 9. 7. 1923 L. 18004 wegen der Liquidierung der Güter Starzyński Dwor und Reduszewo im Sinne des Art. 19 des Gesetzes vom 3. 8. 1922, Dz. Ust. Pos. 600, in nichtöffentlicher Sitzung nach Prüfung der Alten der Sache.

Die Klage gegen die Entscheidung vom 19. Januar 1923 L. 1321 ungeprüft zu lassen, und erhöht die Grundgebühr um sechs (6) Złote, die ihre Deckung in der hinterlegten Kautionssumme finden, hebt dagegen die angefochtene Entscheidung vom 8. 3. 1923 L. 3038 und vom 9. Juli 1923 L. 18004 auf wegen mangelhaften Verfahrens und verfügt zugleich die Zurückstellung der Kautionssumme an die Kläger.

## Gründe:

Das Liquidationskomitee in Posen hat durch den Beschluss vom 13. 1. 1923 seine bisherigen Beschlüsse bezüglich der Liquidierung der Güter des Klägers aufgehoben und hat auf Grund dieses selben Beschlusses durch die Entscheidung vom 19. 1. 1923 auf Grund des Art. 2, lit. b und des Art. 11 des Gesetzes vom 15. 7. 1920 (Dz. Ust. Pos. 467) und des § 10 der Ausführungsverfügung vom 14. 5. 1921 (Dz. Ust. Pos. 821) beschlossen, durch Einbehaltung zugunsten des Staates die Liquidierung anzuwenden auf die im Kreise Puścig liegenden Güter des Klägers Starzyński Dwor, Blatt 227, und Reduszewo, Blatt 210 C.

Gegen diese Entscheidung hat der Kläger am 28. 3. 1923 beim Liquidationskomitee Einspruch erhoben, indem er einwendet, daß das Liquidationskomitee sei nicht berufen, über seine Staatsangehörigkeit zu urteilen. Weil das die polnische Staatsbürgerschaft des Klägers betreffende Verschärfen bei den zuständigen Verwaltungsbehörden schwebt, müsse das Liquidationskomitee die Durchführung der Liquidation einstellen, bis die dazu berufenen Behörden entscheiden, ob der Kläger polnischer Staatsbürger ist. Zur Unterstützung dieses Einspruchs hat der Kläger u. a. eine Abschrift der Entscheidung der Starostei in Puścig vom 19. 2. 1923 L. 1594 vorgelegt, nach der die Starostei dem Kläger eine Befreiung der polnischen Staatsbürgerschaft verweigert hat. Abgelehnt von diesem Einspruch hat der Kläger auch gegen die obige Entscheidung des Liquidationskomitees vom 19. 1. 1923 am 26. 2. 1923 Klage beim Obersten Verwaltungsgericht eingereicht, in der er ausführt, daß die angefochtene Entscheidung des Liquidationskomitees ungeseztlich und vorzeitig ist, da der Kläger gegen die ablehnende Entscheidung der Starostei betr. der Staatsangehörigkeit des Klägers am 23. 2. 1923 beim Wojewoden von Pommerellen Berufung eingelegt habe. Das Oberverwaltungsgericht hat durch Beschluss vom 20. 2. 23 L. Rej. 319/6 in bezug auf diese Klage das vorbereitende Verfahren eingeleitet, die beklagte Behörde hat jedoch die Alten und die Klageabantwortung nicht eingereicht. Das Liquidationskomitee in Posen hat den obigen Einspruch des Klägers vom 23. 2. 23 auf Grund seines Beschlusses vom 8. 3. 23 durch die Entscheidung vom 8. 3. 23 abgewiesen, weil der Kläger auf Grund des Versailler Vertrages nicht das polnische Staatsbürgerschaft erworben habe. Auch diese letere Entscheidung hat der Kläger am 5. 5. 23 beim Oberverwaltungsgericht angefochten, indem er in der Klage hervorhebt, daß das Liquidationskomitee könne nicht das Vermögen eines polnischen Staatsbürgers liquidierten, es sei nicht zu sichern zur Beurteilung, ob der Kläger deutscher oder polnischer Staatsbürger ist, besonders da vor den Alten berufenen Behörden das Verfahren über die Anerkennung der polnischen Staatsbürgerschaft des Klägers schwebt. In bezug auf diese Klage hat das Oberverwaltungsgericht durch Beschluss vom 18. 6. 1923 L. Rej. 770/23 das vorbereitende Verfahren eingeleitet, aber die beklagte Behörde hat die Alten und die Beantwortung dieser Klage nicht eingereicht.

Endlich hat auf Grund eines Beschlusses vom 8. 7. 23 das Liquidationskomitee durch die Entscheidung vom 9. 7. 23 L. 18004 beschlossen, auf Grund des Art. 2, Buchst. b des Gesetzes vom 16. 7. 1920 (Dz. Ust. Pos. 467) und der §§ 8, 9 und 10 der Verfügung des Ministerrats vom 26. 9. 21 (Dz. Ust. Pos. 595) die strittigen Güter ins Eigentum des Staates zu übernehmen und sie samt Zubehör dem Staatsfach zu überweisen, indem es bemerkt, daß dieser Beschluß endgültig ist im Sinne des Art. 4 des Gesetzes vom 15. 7. 1920 und ebenso rechtskräftig Gerichtsurteile vollstreckbar sind. In der Begründung dieser Entscheidung bemerkt das Liquidationskomitee, daß der Kläger am 10. 1. 20, d. h. am Tage des Inkrafttretens des Versailler Vertrages Reichsdeutscher war und an diesem Tage auf Grund dieses Vertrages die polnische Staatsbürgerschaft nicht erworben habe und bemerkt, daß der Beschluß des Liquidationskomitees vom 18. 1. 23 dem Kläger rechtskräftig zugestellt worden ist und alle seine Einsprüche und Ansprüche, die keine Tatsachen enthielten, durch welche die Anschauung des Liquidationskomitees geändert werden konnten, von diesem Liquidationskomitee rechtskräftig abgewiesen worden sind.

Starzyński Dwor ist auf 3 743 670 500 poln. Mark, Reduszewo auf 2 206 632 735 poln. Mark geschäfft worden.

In der gegen diese letzte Entscheidung gerichteten Klage, die am 17. 8. 23 an das Oberverwaltungsgericht, L. Rej. 1292/23 eingereicht ist, führt der Kläger aus, er habe auf Grund des Versailler Vertrages die deutsche Staatsbürgerschaft verloren und sei polnischer Staatsbürger geworden, wie sich das ergab aus den Alten des Oberverwaltungsgerichts, L. Rej. 882/23, die Klage des Klägers gegen die Entscheidung des Wojewoden von Pommerellen in der Sache der Staatsbürgerschaft betreffend. Weil der Prozeß über diese Staatsbürgerschaft noch schwebt, so hätte das Liquidationskomitee als nicht berufen zur Urteilsfällung über die Staatsbürgerschaft nicht die angefochtene Entscheidung treffen dürfen, ohne das Ergebnis des Verfahrens abzuwarten, das vorher die Frage entscheiden sollte.

ob der Kläger überhaupt Reichsdeutscher ist und der Liquidation unterliegt. Die auf diese letzte Klage eingereichte Antwort der beklagten Behörde hat das Oberverwaltungsgericht nicht berücksichtigt, weil sie nach der Frist eingegangen ist.

Die Klage gegen die Entscheidung des Liquidationskomitees vom 19. 1. 23 hat das Oberverwaltungsgericht ungerüft gelassen, weil der Instanzenweg im Verwaltungsverfahren nicht eröffnet war. § 8 der im Begegn der gesetzlichen Delegation erlassenen Verfügung des Ministerrats vom 26. 9. 21 (Dz. Ust. Pos. 595) lautete nämlich: „Der Partei, deren Gut vom Liquidationskomitee zur Liquidation bestimmt ist, steht das Recht zu, in der gehörigen Frist gegen einen solchen Beschluss des Liquidationskomitees bei diesem Liquidationskomitee Einspruch einzulegen.“ Also erst nach Erhöhung dieses Rechtsmittels und nach Erledigung des Einspruches durch das Liquidationskomitee können im Sinne der Artikel 1 und 9 des Gesetzes über das Oberverwaltungsgericht die Bedingungen eintreten zur Einreichung einer Klage beim Oberverwaltungsgericht gegen die den Einspruch erledigende Entscheidung des Liquidationskomitees. In Bezug auf die Klagen gegen die Entscheidungen des Liquidationskomitees vom 8. 3. und 9. 7. 23 hat das Oberverwaltungsgericht folgendes erwogen:

Das Verwaltungsgericht hat schon öfter, z. B. in seinem Urteil vom 22. 10. 23 L. Rej. 1416/23 entschieden und begründet, daß zur Urteilsprechung über die Staatsangehörigkeit von Personen, deren Vermögen auf Grund des Versailler Vertrages und des Gesetzes vom 15. 7. 1920 (Dz. Ust. Pos. 467) der Liquidation unterliegen sollen, im Falle eines Rechtsstreites über diese Staatsangehörigkeit die dazu zuständigen Verwaltungsbehörden herzuholen sind, d. h. der Starost (die Magistratur), die Wojewodschaftsämter und das Ministerium der inneren Angelegenheiten), aber nicht das Liquidationskomitee.

Wenn also, wie im obigen Falle, die Frage der Anerkennung der polnischen Staatsangehörigkeit des Klägers bei den hierzu zuständigen Verwaltungsbehörden schwiebe, woon der Kläger die beklagte Behörde veranlaßt hatte, so war es die Sache dieser Behörde, vor Anordnung des weiteren Liquidations-

versfahrens sich bei den zuständigen Behörden Aufklärung darüber zu verschaffen, ob und wann in dieser Hinsicht eine rechtskräftige Entscheidung dieser Behörden gefällt war. Die beklagte Behörde hat jedoch schon durch die Entscheidung vom 8. 3. 1923 den gegen die Entscheidung vom 19. 1. 23 erhobenen Einspruch verworfen, obwohl der Kläger in seinem Einspruch ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß die Anerkennung seiner polnischen Staatsbürgerschaft bei den zuständigen Behörden schwiebt, und diese seine Behauptung bewiesen hat durch Vorlegung der nicht rechtskräftigen Entscheidung des Puściger Starosten vom 19. 2. 23 in dieser Sache.

Die Verwaltungsgerichte weisen auch nicht nach, daß die beklagte Behörde entweder vor der Fällung der den Einspruch des Klägers verweisenden Entscheidung vom 8. 3. 23 oder vor Fällung ihrer angefochtenen Entscheidung vom 9. 7. 23 oder bemüht hat, aufzuklären, ob eine rechtskräftige Entscheidung der betr. der Staatsbürgerschaft des Klägers zuständigen Behörden gefällt war, indem sie selbst entschied, daß der Kläger deutscher Staatsbürger ist.

Unter diesen Bedingungen waren die beiden letzten, oben angeführten Entscheidungen der beklagten Behörde im Augenblick ihrer Ausgabe vorzeitig und auf ein mangelhaftes Verfahren gestützt; mit Recht auch erheben die Kläger Einwände gegen diese Mängelhaftigkeit, und daher hat auch das Oberverwaltungsgericht die letzten zwei angefochtenen Entscheidungen aufgehoben wegen mangelhaften Verfahrens zum Schaden des Klägers auf Grund des Art. 19 des Gesetzes über das Oberste Verwaltungsgericht, indem es schon aus diesem Grunde keinen Anlaß hatte, noch die anderen Ausführungen der Klagen zu prüfen.

Die Entscheidung über die Erhöhung der Grundgebühr für die erste Klage, bzw. über die Zurückzahlung der Kautionssumme stützt sich auf die Abschnitte 2 und 1 des Artikels 3 des Gesetzes vom 22. 9. 1922 (Dz. Ust. Pos. 800).

Warschau, den 10. Dezember 1926.

Unterschriften.

Das Oberverwaltungsgericht schickt Ihnen, als dem Kläger, die obige Abfassung des Urteils und gibt zugleich die Anlagen der Klage zurück.

## Die Nebenregierung in Oberschlesien.

Der anwährende Westmarkenverein.

Wie wir bereits gemeldet haben, in der Wojewode von Schlesien, Herr Dr. Bilski, von seinem Posten zurückgetreten und inzwischen nach Warschau gereist, um mit der Regierung direkt Führung zu nehmen. Die letzte Entscheidung über seinen Rücktritt hängt nur von der Zentralregierung ab. Die Entscheidung bekommt aber eine ganz außergewöhnliche Wichtigkeit für die Westgebiete, da sich nunmehr entscheiden wird, so meldet der „Oberschles. Kurier“, ob die Nebenregierung — der Westmarkenverein — einen so großen Einfluss besitzt und ob man den Männern des Unfriedens so stark entgegentreten wird, daß ihr vorläufig noch eingebildeter Einfluss wirklich auf das notwendige Maß der Staatsraison zurückgeschraubt wird. Mit dem Herrn Wojewoden sind auch Vertreter der Schule nach Warschau gefahren, die anscheinlich ebenfalls die Konsequenzen ziehen wollen, wenn der Rücktritt des Herrn Dr. Bilski bestätigt werden sollte.

Der Rücktritt des Wojewoden Bilski ist, nach Aussöhnung in Oberschlesien, die wir nicht bezweifeln wollen, auf die „Arbeit des Westmarkenvereins“ zurückzuführen. Dazwischen begründet zu sein scheint, und doch damit die staatsfeindliche Tätigkeit des Westmarkenvereins erwiesen werden könnte, zeigt ein Artikel in der „Polonia“, der in Überzeugung des Oberschles. Kurier“ erscheint. Der Artikel vertritt uns folgendes:

„Vergangenen Sonnabend fand auf Initiative des Westmarkenvereins in Antoniw eine Versammlung statt, an der u. a. Senator Rymaszewski, die Abgeordneten Rybarski, Roguszcza, Mildner, Bielakiewicz und Grajek teilnahmen. Die Hauptangriffe richteten sich in der Versammlung gegen den Wojewoden Bilski, der sich bei dieser Organisation nicht bestellt gemacht hat, weil, wie die „Polonia“ schreibt, „er ihr nicht erlaubt hat, in der Rolle einer Nebenregierung aufzutreten und sich in Verwaltungsangelegenheiten zu mischen, und weil er dies mit Recht in einer energischen Art und Weise getan hat, indem er damit drohte, die Konsequenzen zu ziehen, wenn diese Organisation nicht von ihren Machinationen ablässe, die sich mit den allgemeinen Richtlinien der Staatspolitik nicht vereinbaren lassen und das Ansehen des Staates untergraben“. Daraufhin beschwerte sich nun der Westmarkenverein in Warschau gegen den Wojewoden, jedoch ohne Erfolg. Warum insbesondere die Nationaldemokraten gegen den Wojewoden Bilski Stellung nehmen, ist darauf zurückzuführen, daß an Stelle des verstorbenen Präsidenten des Appellationsgerichts Bocheński nicht der Schriftsteller der Nationaldemokraten, Gęchter, sondern der Wojewodschaftsrat Stark ernannt wurde, und weil bei dieser Ernennung auch die Meinung des Wojewoden Bilski ausschlaggebend war.“

Aus dieser Darstellung geht hervor, daß jene „patriotischen“ Kreise nur darum so „patriotisch“ sind, weil sie damit annehmen Posten und Posten zu erobern hoffen. Wie eine solche Aussöhnung der staatsfeindlichen Kräfte, wie sich der O. A. B. zu nennen beliebt, mit Staatswohl und Staatsinteresse vereinbaren läßt, das muß der Dreberei und spitzfindigen Auslegung dieses Vereinchens überlassen bleiben, der bislang den polnischen Staat vor der ganzen Welt in Mitleidenschaft brachte, und der den polnischen Staat so außerordentlich viel Geld kostet hat und noch kosten wird.

Die Christliche Demokratie, die stärkste Partei im Oberschlesischen Sejm, hat man bei den Verhandlungen verschiedene Male ignoriert. Die „Polonia“ meldet, daß der Vorstand dieser Partei „den schärfsten Protest gegen die Arbeitsmethoden des Vorstandes der schlesischen Bezirksgruppe des Westmarkenvereins erhoben, welche nicht nur die ursprünglich edlen Ziele dieser Organisation verderben, sondern im gegenwärtigen

Augenblick der schweren wirtschaftlichen Krise und der Arbeitslosigkeit in unserer politisch exponierten schlesischen Wojewodschaft ein Chaos hervorrufen“, dadurch, daß sie unter der Bevölkerung das Vertrauen untergraben und dem Staat bedeutenden Schaden zufügen. „Es ist unzulässig, daß der Vorstand der Bezirksgruppe des Westmarkenvereins sich die Rechte einer Nebenregierung anmaht, sich in die inneren Angelegenheiten der Staatsverwaltung hineinmischt und über die Beauftragung von staatlichen Beamtenstellen entscheidet.“

Wir sehen darin, daß die „Arbeit“ des B. O. A. B. nun langsam auch den schwer verhetzen Oberschlesiern auf die Nerven geht und daß man die Arbeit des Westmarkenvereins jetzt auch in nationalen polnischen Kreisen als staatsfeindlich brandmarkt. Wir haben bislang nichts anderes getan, als diesen Verein mit denselben Angelegenheiten bekämpft und immer gesagt, daß seine Tätigkeit das Chaos herauftreibe und den Staat ins Verderben stürze. Das hat den Herren des B. O. A. B. nicht recht gepaßt, und darum waren Bekämpfungspläne die Folge. Und nun wird von polnischer Seite sogar behauptet, daß der B. O. A. B. ein Verein der „Stellen- und Postenjäger“ sei, daß seine „Machinationen, sich in staatliche Angelegenheiten zu mischen, das Chaos hervorrufe“ usw.

Die Lage des Westmarkenvereins hat sich wirklich sehr geändert, trotz der ewigen und langweiligen Behauptungen über die bösen Deutschen. Es ist nur immer wieder tief bedauerlich, daß die Aufrufe dieses Vereins von so hochstehenden Persönlichkeiten, wie den Herren Ministern und d. s. in Polen vom Herrn Wojewoden Grafen Brzyski, mit deren Namen gestützt werden. Wir nehmen an, daß diese Herren in ihrer Arbeitsüberlastung noch gar nicht erfahren haben, wie es mit der Arbeit des B. O. A. B. bestellt ist, denn sonst würden sie den Namen nicht dazu hergeben, ein Protektorat zu übernehmen, das nach Aussagen der „Polonia“ den polnischen Staat in Gefahr bringt und das Chaos hervorzurufen ist.

## Der Kampf um die „öffentliche Meinung“.

In der „Warschauer Presseinform“ lesen wir:

„Der Moment“ (das Organ der orthodoxen Juden) vom 26. Januar nimmt in einem Artikel: „Politik und Moral“ in einer Weise Stellung zum Konflikt zwischen dem Marschall Piłsudski und dem General Sokołowski von der Szafrański Legionen bis auf den heutigen Tag. Der Konflikt wird jetzt im „Kurjer Polski“ ausgetragen, der der Regierung Sokołowski treulich diente, als die Minister Skrzynski und Sokołowski Regierungsmitglieder waren. Als aber Sokołowski aus der Regierung ausschied, begann in diesem Blatte der Kampf um den Einfluß. Die Mehrzahl der Ältern des „Kurjer Polski“ befindet sich in der Hand der Kriegsindustrie. Die Aktiengesellschaft „Polonia“, die Metallwerke „Modrzewiów“, die Motorenfabrik „Franckopol“ übernahmen unter Vermittlung des Herrn Wertheim und des Prof. Lempić einen Teil der Ältern dieses Blattes und deckten immer seine Gehaltsträger. Die „Interessen“ dieser Fabriken riechen geradezu nach einem öffentlichen Skandal, und selbst die nationaldemokratische Presse hält es für nötig, sich bei beiden Seiten von der ganzen Gesellschaft, die in die Affäre verwickelt ist, zurückzuziehen. Die Aktiengesellschaft „Kurjer Polski“ vertrat Sokołowski, daß sie die Redaktion zwingen würden, seine Pläne publizistisch zu unterstützen. Die Redaktion wollte jedoch diesen Weg nicht beschreiten, blieb also auf Seiten Skrzynskis mit offenkundigen Sympathien für Piłsudski. Die Aktiengesellschaft

schlossen darauf, der ganzen Rebaktion zu kündigen und einen neuen Redakteur zu berufen, der eine neue Redaktion schaffen sollte. Sie wandten sich an Herrn Krzywoszewski mit dem Vorschlag, die „Redaktionsgewalt“ zu übernehmen und in der Redaktion einen politischen Umschwung zu vollziehen. Krzywoszewski wollte sich jedoch in die skandalöse Affäre nicht hineinmischen, besonders da er erfuhr, daß das Redaktionskollegium entschlossen sei, den erbittertesten Kampf zu führen. Der Premier Strzałkowski äußerte, als er davon erfuhr, natürlich seine Sympathie der Redaktion gegenüber, die in gewissem Sinne einen idyllischen Kampf führt und mit sich nicht handelt, wie mit lebendiger Ware.

Der Konflikt im „Kurjer Polski“ ist vorläufig noch nicht entschieden. General Siforski und seine Freunde wissen noch nicht, wie sie den Kampf durchführen sollen. Die öffentliche Meinung hat sich aber davon überzeugt, daß nicht alle Mittel in der Politik angehen, und daß etwas Moral selbst auf diesem sündigen Gebiete besteht.“

Der „Robotnik“ meldet, daß die Bemühungen einer Gruppe von Aktionären des „Kurjer Polski“, aus diesem Blatt ein Organ des Generals Siforski zu machen, mißglückt seien, da sich dem Vorhaben eine zweite Aktionärgruppe und das Kollegium der gegenwärtigen Redaktion entgegengestellt hätten. Der bekannte Literat Stefan Krzywoszewski hat die Übernahme des Chefredakteurs abgelehnt.

## Träume und Wirklichkeit.

Bon Roman Dmowski.

Der Verfasser dieses Artikels, der nichts anderes als eine Puhpredigt darstellt, ist der bekannte Führer der polnischen Nationaldemokratie, die sich bekanntlich in Polen bisher am meisten der Wirklichkeit verschlossen hat. Besonders das Bekennnis Dmowskis, daß Polen die staatliche Selbständigkeit ohne eigenes Verdienst in den Schoß gefallen ist, ist zu beachten.

Die Schriftsteller.

„Ich halte es für eine sehr nützliche Sache, von Zeit zu Zeit darüber nachzudenken, was ich machen würde, wenn ich ein Feind Polens wäre, wenn mit der Wiederaufbau Polens zuwider wäre und wenn es mir darum ginge, Polen zu vernichten. So würde mich vor allem bemühen, zu verhindern, daß in diesem Lande ein gesundes Urteil herrsche und daß das Vorgehen der Polen von einer nüchternen Beurteilung der Beziehungen und der Lage des Staates beeinflußt würde. Im Augenblick würde es mich sehr beunruhigen, daß in der polnischen Politik die finanziellen und wirtschaftlichen Aufgaben besonders im Vordergrund stehen, und daß die Polen sich darüber klar zu werden beginnen, daß sie bisher auf den finanziellen und wirtschaftlichen Ruin hin und damit auf den Verlust ihrer Unabhängigkeit arbeiteten, daß sie anfangen, die Errüttler der bisherigen Art des Regierens zu verstehen.“

„Es ist noch nicht das Unglück Polens, daß es zu wenig erzeugt und zu viel verbraucht, daß der Staatshaushalt zu geringe Einkünfte besitzt — und höhere kann er nicht haben, denn aus einem armen Volk kann man nicht mehr herauspressen —; heute ist das Hauptunglück Polens die schlechte politische Einstellung im Staate. Wenn ich früher dafür war, daß Polen die demokratische Verfassung in Europa haben müsse, wenn ich früher dafür war, daß in Polen der Sejm die Ultimatherrschaft, die, wie ich erwartete, niemals die Bildung einer Regierung ermöglicht, die sich von einem gefundenen Urteil leiten läßt, und eine vernünftige Staatswirtschaft führt, so würde ich heute, da man sieht, daß in diesem Sejm sich Anzeichen dafür zeigen, daß die Leute etwas gelernt haben, ein zügsichtsloser Gegner der demokratischen Verfassung sein; heute würde ichtant verhindern, daß ein Staatsstreit nötig sei, eine Diktatur oder sogar eine autokratische Monarchie. Und wenn ich noch dazu einen Militär finde, der vom kriegerischen Taten träumt und auf eine Gelegenheit wartet, Polen in irgend einem Unternehmen zu verhindern, zum Beispiel in einem Krieg mit den Sowjetlizen, würde ich ihn mit Gold überschütten — wenn ich es befände —, und mit allen Mitteln würde ich ihn darunterdrücken, die polnische Politik in seinem Sinne zu lenken. Für alles dies würde ich, wenn ich ein Feind Polens wäre, keine Rücksicht und kein Opfer scheuen. Allerdings sind die Feinde Polens, die nahen und die fernen, heute so voll von eigenen Sorgen, daß sie sich nicht viel um Polen kümmern können. Zum Glück für sie gibt es aber in Polen Leute, die ihnen die Arbeit abnehmen.“

„So kommt von Zeit zu Zeit im Leben vor, daß irgend ein armer Schlucker, der nichts heißt und schwer mit dem harren Leben kämpft, möglich und unerwartet eine große Erfahrung macht. Da er niemals größere Summen gesehen hat, wird er angefischt dieses Vermögens, das ihm ohne jede Anstrengung in den Schoß fallen ist, im Kopfe wirkt, das Geld scheint ihm unerreichbar. Er lebt wie im Traume. Er wirkt das Geld unberührt.“

„dacht hinaus, ohne Plan und Sinn. Das Vermögen ist in ein paar Jahren dahin, und zurück kehrt die Not, die indessen jetzt schwerer zu ertragen ist, da man den Wohlstand nun gelern hat. Ein solch armer Schlucker, der unerwartet eine große Erfahrung gemacht hat, ist das heutige polnische Geschlecht. Die Erfahrung ist das vereinigte unabhängige Polen. Es ist nicht zu verwundern, daß die Generation, die sie erlangt hat — nicht durch eigene Kraft —, im Kopf geworden ist. Die Leute bei uns singen an zu leben wie im Traume. Sie verschlossen die Augen für die sie umgebende Wirklichkeit. Den Staat, in dessen Besitz sie gekommen sind, betrachten sie nur als eine Quelle von Annehmlichkeiten. So haben sie bereits im Laufe von sieben Jahren fertig gebracht, einen großen Teil des ererbten Gutes zu vergeuden. In gewissem Sinne war dies unvermeidlich. Man konnte vom lieben Gott ein solches Wunder nicht erwarten, daß für das Geschlecht, das nichts besaß, das Geschenk der Fähigkeit zum sofortigen verständigen Regieren vom Himmel fallen würde, und daß das Volk bei so plötzlichem Wechsel seines Schicksals einen klaren Kopf behalten würde. Diese Verwirrung, dieses Traumleben dauerte in diesen ein wenig lange. Seit ein paar Jahren wurden Versuche gemacht, das Volk aus diesem gefährlichen Schlaf zu erwachen und es zum Bewußtsein der Wirklichkeit zurückzubringen. Diese Versuche waren erfolglos. Zu erwachen begann man erst, als man die Wirklichkeit peinlich zu fühlen begann. Das schöne Bett, auf dem man seine Träume von Glück und Ehre träumte, begann härter zu werden, und es half nichts, daß man sich von einer Seite auf die andere wär.“

„Heute beginnt in Polen das große Erwachen. Die Leute beginnen zu denken. Sie beginnen einzusehen, daß es, um leben und bestehen zu können, großer und unaufhörlicher Anstrengungen bedarf. Aber es gibt zwei Arten von Leuten, die sich von ihrem Traumleben nicht trennen können. Die einen waren immer weit ab von der Wirklichkeit des Lebens von seinen Bedürfnissen und Notwendigkeiten, für sie war das Verhältnis der Wirklichkeit stets unerreichbar, vor dem großen Kriege, während des Krieges und auch nachher. Die anderen empfinden stark die heutige Wirklichkeit und die Härte des Ruhesetzes, auf dem sie bisher träumten, aber der Gedanke an lange Anstrengungen und Opfer zur allmählichen Besserung der Dinge liegt auch ihnen fern. Sie trösten sich damit, daß ihnen irgend jemand das Bett wieder zu reichten möchte, daß für sie der Diktator oder der König die Arbeit verrichtet und ihnen das Ruhesetzen wieder gestattet. Lediglich in dieser katastrophalen Einstellung des polnischen Volkes liegt das Unglück unseres Staates begründet.“

## Republik Polen.

### Der Rücktritt des Wojewoden Bilski nicht genehmigt.

Nach einer Sondermeldung des „Kurjer Poznański“ soll, wie verlautet, die Demission des Wojewoden Bilski nicht angenommen werden sein. Wegen der Abwesenheit des Ministers Maćkiewicz, der in diesen Tagen in Warschau eintreffen wird, ist die Angelegenheit zuerst gestellt worden. Wie der Kattowitzer Berichterstatter des angeführten Blattes erhält, soll die Zentralregierung wegen angeblicher Intrigen höherer Wojewodschaftsbeamter eine energische disziplinarische Untersuchung angeordnet haben.

### Um die Sanierung der Verwaltung.

In der gestrigen Sitzung der Haushaltskommission des Sejm wurden eine Reihe von Resolutionen angenommen: 1. Der Sejm fordert die Regierung, insbesondere über den Außenminister auf, von den Schulden die Entlastung der dem Staate zugeständigen Schäden rücksichtslos zu vollziehen (Stadtkasse in Roskau, Wirtschaftsabteilung in der Zentrale, Konsulate in Breslau, Königsberg, New York usw.). 2. Der Sejm fordert den Außenminister auf, den früheren Geschäftsträger in Riga wegen nicht fristgemäß erfolgter Rechnungslegung zur Verantwortung zu ziehen. 3. Der Sejm fordert den Innenminister auf, Dienstmitteilungen einzuleiten über die Einkäufe und Beleihungen von Mäzen, Uniformen und Revolvern, und zwar zu Feststellung der Höhe der Verluste des Staatsfiskus, und gegebenenfalls die Betreffenden zur persönlichen und materiellen Verantwortung zu ziehen. 4. Der Sejm fordert die Regierung, insbesondere über den Justizminister auf, Maßnahmen zu treffen, die die Strafverhandlungen und Urteile für die schuldigen Staatsbeamten befreien. 5. Der Sejm fordert die Regierung auf, für Dienstvergehen der Untergenannten die schuldigen Vorgesetzten zu disziplinarischen und materiellen Verantwortung zu ziehen. 6. Der Sejm fordert die Regierung, insbesondere den Arbeits- und Wohlfahrtsminister auf, der Obersten Kontrollkammer die Ermächtigung zu geben, eine Kontrolle in den Krankenanstalten und der Arbeitslosenfondswaltung vorzunehmen. 7. Der Sejm

fordert die Regierung und alle Ministerien auf, die von der Obersten Kontrollkammer geforderten Antworten streng innerhalb zu halten, während die Oberste Kontrollkammer aufgefordert wird, alle von den einzelnen Stiftungen nicht rechtzeitig erledigten Angelegenheiten dem Sejm zur Kenntnis zu geben. 8. Der Sejm fordert die Regierung auf, dem Sejm eine Novelle vorzulegen zum Gesetz über die Organisation der Disziplinarbehörden und das Disziplinarverfahren gegen die Staatsbeamten, zwischendurch Verkürzung des Verfahrens und Neinstellung der Strafen.“

### Demonstration.

Gestern mittag ist es in Warschau zu Arbeitslosendemonstrationen gekommen, die ohne ernsthafte Vorfälle abliefen.

### Die zerfallende „Wyzwolenie“.

Der Bericht der „Wyzwolenie“ dauert weiter an. Gestern sind die Abgeordneten Węgierski und Dubrownik aus der „Wyzwolenie“ ausgeschieden und einstweilen „wild“ geblieben. Weitere Spaltungen sollen im Gange sein.

### Streik der Warschauer Telephonistinnen.

Nach einer Meldung der „Agencja Wschodnia“ ist gestern nachmittag um 5 Uhr in Warschau unerwartet ein Telephonistinnenstreik ausgebrochen. Es wurden nur Regierungsinstitutionen und Redaktionen verbunden.

### Tagung der Handelskammern.

Heute und morgen tagt in Katowitz der Kongreß der Industrie- und Handelskammern Polens. Auf der Tagessitzung der Beratungen steht eine ganze Reihe aktueller Wirtschaftsfragen, u. a. die Frage der Vereinheitlichung der Bezeichnung über die Geschäftsaufsicht die Zusammenarbeit der Regierung mit den Kammern im Bereich der Handelsverträge, ferner die Herausgabe eines Informationsjahrbuchs über Polen und die Aufgaben der polnischen Kolonialpolitik.

## Neuer Bruch der Locarno-Versprechungen.

### Die Interalliierte Kommission bleibt in Berlin.

Aus Paris veröffentlicht die „Danziger Allg. Zeit.“ einen Bericht des Generals Walch über den Stand der deutschen Entwicklung und Eingaben über die Verpflichtungen, nach denen die Entwicklung auf Grund des Abkommens vom November vorigen Jahres erfolgen sollte.

In einem Kommentar wird ausgeführt, daß die Verpflichtungen nur unvollständig erfüllt und die Fortschritte bis zu geringfügig seien, als daß festgestellt werden könnte. Deutschland habe seine Verpflichtungen vom 11. November gehalten. (!) Die alliierte Kontrollkommission sei der Meinung, in der Frage des Generalstabes und der militärischen Verbände seien die deutschen Maßnahmen so unvollkommen (!), daß die Ausführung der einschlägigen Verpflichtungen als nicht bestehend betrachtet werden müssen. Es sei zwar keine systematische Weigerung festzustellen, dagegen aber eine stillschweigende Bereitschaft zu ungenügenden Maßnahmen. (!)

Der Bericht schließt mit der Feststellung, daß der langsame Fortgang der Abrüstung eine beträchtliche Verlängerung des Aufenthalts der interalliierten Kontrollkommission in Berlin wahrscheinlich machen werde, welchen Aufenthalt die alliierten Regierungen ursprünglich gleichzeitig mit der Räumung der Kölner Zone hätten beenden wollen, \*

Dieser Bericht des Generals Walch zeigt uns Locarno wieder mit kräfter Deutlichkeit. Es ist eine bewußte Nullwahrheit, daß Deutschland seinen Abrüstungsverpflichtungen nicht nachkommen sei. Die Behauptungen der Kontrollkommission zielen lediglich darauf hin, einen Grund für das weitere Verbleiben der Schnellflottkommission in Deutschland zu konstruieren. Verpflichtungen Deutschlands liegen weder beabsichtigt noch unbeabsichtigt vor. Dagegen hat die Gegenseite hier wieder einmal deutlich gezeigt, daß sie ihre Verpflichtungen nicht halten will, daß trotz Locarno die Politik der Vertragsbrüche, der „Sanctionen“ und Erschließungen gegen Deutschland fortgeführt werden soll.

### Um die Abschaffung der Pakviss.

Paris, 27. Januar. (R.) Zwischen der französischen und der amerikanischen Regierung werden gegenwärtig Verhandlungen über die Aufhebung des Pakviss um geführt. Die französische Regierung ist bereit, auf der Genfer Konferenz für die Abschaffung des Pakviss einzutreten, falls von den anderen Staaten gleichfalls darauf verzichtet wird. Die französische Regierung hält jedoch die Beibehaltung der Reisepässe für unerlässlich und wird daher auf der Genfer Konferenz einen internationalen Reisepass vorschlagen, der außer der Photographie auch einen Fingerabdruck des Reisenden enthält.

### IV.

Schweigend und eng aneinandergepreßt saßen die beiden in dem engen Wagen und starnten unverwandt geradeaus auf das weißlich graue, in der Ferne sich verlegenden Band der Straße. Die Bäume an der Seite des Chaussees tauchten, plötzlich grell beleuchtet, aus dem Dunkel auf und sanken lautlos wieder zurück. Sanft geschwungen, von einem matten Schimmer erhellt, bewalzte Hügel dehnten sich zur Rechten und zur Linken; zuweilen, wenn sie die Höhe einer Kuppel erreicht hatten, dehnte sich zu ihrer Seite ein Tal. Jemand glomm einfarbe gelbliche Lichten, und wenige Augenblicke später füllten sich neue Berge dazwischen. Der Wagen raste. Mit unauflöslicher Monotonie knatterte der Motor, und dieses Geräusch wirkte durch seine Dauer beinahe wie tiefste Stille. Dann und wann, wenn Oppen einen Hebel umlegte oder die Bremsen bediente, war ein leises Knacken und Rauschen. Kein Wort fiel. Der Wagen raste. Er fuhr durch verschlafene Städte und Dörfer und weckte Hundegelläut. Späte Spaziergänger huschten wie Schatten zur Seite. Aus Gasthäusern kam Gesang und Musik. Und wieder dehnte sich die Straße.

Links neben dem Führersitz, von einer kleinen elektrischen Lampe beschienen, war eine Karte befestigt, die man zwischen zwei Nüssen drehen konnte, so daß stets der Ort, wo man sich befand, sichtbar war. Die Strecke war durch rote Markierung gekennzeichnet. Oppens Blicke glitten von dieser Karte auf den Weg und von dem Wege auf die Karte. Aber Elja, die sich weit zurückgelehnt hatte in ihren Sitz, wandte keinen Blick von der Uhr, die neben der Karte angebracht war. Anfangs war ihr die Geschwindigkeit sehr schnell vorgekommen, und sie empfand die rasende Fahrt wie eine Lust; dann aber, als die Zeiger der Uhr weiter und weiter vorrückten, sah sie besorgt auf die Karte, und da sie sich nicht darauf zurecht zu finden vermochte und keine Ahnung hatte, wo sie sich befanden, sagte sie:

„Schneller, Ronni! Gehst nicht schneller?“

Das war das erste Wort seit viel mehr als einer Stunde.

(Fortsetzung folgt.)

Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W 62, Keithstr. 5.

## Das Auge des Râ.

Roman von Edmund Sabot.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Oppen gab nach: „Gut, Elja, wir wollen fahren; aber ich sage Dir im voraus, daß wir nicht mehr zu Lechner kommen können. Die Fahrt wird langsam gehen. Erst hinter Halle haben wir glatten Weg. Bis dorthin kenne ich die Straßen nicht.“

Sie überlegte: „Vielleicht fährt ein Zug, den ich benutzen könnte? Dann könnte Du morgen allein im Auto nachkommen!“

Oppens Brauen zuckten zusammen, aber er sagte ganz ruhig: „Gut, ich werde fragen, wann ein Zug geht.“

Er Klingelte, und ein Kellner gab die Auskunft, daß der nächste D-Zug nach Berlin erst kurz vor fünf Uhr hingehe.

„Dann bleibt nichts anderes übrig,“ entschied Elja, als sie wieder allein waren, „wir müssen sofort fahren.“

„Wir werden doch aber hoffentlich noch essen können?“

„Wir werden unterwegs nicht todhuntern, Ronni, ich habe Schokolade und Konfekt genug im Wagen. Man wird uns auch gern etwas kalten Braten und Brot mitgeben. Das wird ausreichen.“

Er widersprach nicht mehr.

„Dann mach Dich reisefertig, Elja! Der Mantel, die Kappe und Deine Pelzschuhe liegen nebenan im Zimmer. Vergiß auch den Schal nicht! Es wird sehr kalt draußen sein. Die Decken liegen in dem Wagen.“

Er ging zur Tür, aber sie holte ihn ein und umschlang ihn: „Nicht böse sein, Ronni! Nicht böse sein!“

Er schüttelte den Kopf und klopfte sie auf die Stirn: „Ich bin Dir nicht böse, auch wenn Du nicht gut bist!“

Er ließ sie allein und beglich unten die Rechnung. Einmal falten lachte ließ er sich dann zurechtmachen und gab Anweisung, das kleine Paket in den Wagen zu legen.

Dann ging er hinaus zu seiner Maschine. Ein Hausdiener geleitete ihn hinaus und war ihm behilflich, den Wagen fertig zu machen. Oppen lenkte ihn hinaus auf die Straße und ging dann wieder in sein Zimmer.

Er war allein und stand an einem der Fenster, raffte den Vorhang beiseite und sah hinaus auf den abendlängen stillen Platz. Gelblicher Mondenschein lag über dunklen Häusern. Eine leise Schwermut legte sich um sein Herz. Er dachte sekundenlang zurück an die drei Wochen, die er als Knabe in Eisenach verlebt hatte. Welche Freude war das gewesen, als Elja ihm gesagt hatte, daß sie nach Eisenach reisen müsste! Wie ein Kind hatte er sich gefreut auf diese zwei oder drei Tage, die er mit Elja hier verbringen sollte, weit fort von Berlin, vom Theater, von der frühen, dunstigen Werkstatt.

Er ließ den Vorhang wieder zurückfallen. Widerwillig stieg er in den Ledermantel und zog die Nieten der Kappe unter dem Kinn fest. Als er noch sein kleines Kofferschloss zusammenschaltete, stand Elja in der Tür, die zum Nebenraum führte, und mahnte zur Eile. Er ließ sie näher kommen und prüfte, ob sie sich auch sorgfältig und warm genug eingehüllt hatte. Er schloß ihr den obersten Mantelknopf: „Du mußt den Schal nachher über den Mund ziehen, Elja, sonst wirst Du Dich erkälten und kannst vierzehn Tage lang wieder kein Wort sprechen!“ „Ja, ja,“ nickte sie. „Beileibe Dich nur!“

Er nahm den Koffer zur Hand, und sie gingen hinein, an den aufblickenden Gästen vorbei. Das Personal dienerte, und ein paar Münzen fielen in ausgestreckte, offene Hände.

Der Hausdiener, der neben dem Wagen Wache gehalten hatte, zog die Mütze. Oppen war Elja beim Einstiegen behilflich und war besorgt, es ihr in dem offenen bequemen Kofferraum so angenehm wie möglich zu machen. Die Scheinwerfer blendeten auf, und ihre blauen Lichtkegel tasteten über die dunklen Häuserreihen. Knatternd lief der Motor an. Oppen sprang in den Führersitz, hüllte Elja und dann sich in die Pelzjacke, zog die Lederschuhe über die Hände und ließ den Wagen anspringen.

Langsam und brummend glitten sie die Straße hinunter und hatten Eisenach fünf Minuten später verlassen.

# Die Regierungserklärung Dr. Luthers.

## Aufgaben Deutschlands.

Reichstag, 148. Sitzung am 26. Januar, nachm. 2,30 Uhr.  
St. In Erwartung der Erklärung der neuen Reichsregierung haben sich die Abgeordneten in außergewöhnlich großer Zahl im Saal eingefunden. Die Tribünen sind überfüllt. Die Minister des neuen Kabinetts nehmen ihre Plätze am Regierungstisch ein. Zuletzt erscheint Reichskanzler Dr. Luther.

Auf der Tagesordnung steht ein einziger Punkt: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Um 2,20 Uhr erscheint Reichstagspräsident Loebe. Als er den Reichskanzler das Wort erleiht, ruft Abgeordneter Höller (Komunist): "Der Kanzler mit der eisernen Stirn!" (Rufe: "Gehörer raus!") Präsident Loebe ersucht um Ruhe.

Reichskanzler Dr. Luther: "Die jetzt dem Reichstag vorzustellende Reichsregierung ist gemäß einem Auftrage des Herrn Reichspräsidenten gebildet worden, nachdem die Deutschnationale Volkspartei aus der bisherigen Regierung ausgeschlossen war und die Versuche der Bildung einer Regierung der Großen Koalition mißlungen waren. Um trotzdem eine parlamentarisch gestützte, wenn auch nur mehr von einer Minderheit des Reichstages getragene Reichsregierung zustande zu bringen, haben sich die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei zu einer Koalitionsregierung der Mitte zusammengeschlossen. Es wird Sache des Hohen Hauses sein, verantwortlich darüber zu entscheiden, ob es mit der Aufgabe der jährlichen Arbeit für diese Minderheitsregierung die Vertrauensgrundlage geben will."

Die Regierung, die sich heute dem Hohen Hause vorzustellen berufen fühlt, ist als Minderheitsregierung auf die Mithilfe der zur Regierung gehörenden Parteien grundsätzlich angewiesen. Ja der alte Politik ist der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hat, durch den im September vorigen Jahres abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich in meiner Reichstagsrede vom 28. November 1925 ausgesprochen habe, bestimmt. Die wichtigste Aufgabe der Reichsregierung wird durch den

### Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

beschlossen. Die jetzt zurückgetretene geschäftsführende Reichsregierung hat gemäß der Entscheidung des Reichstages vom 27. November 1925 unablässig an der weiteren Auswirkung der Abmachungen von Locarno gearbeitet, insoweit augenblicklich angezeigt ist. Ja der alte Politik ist der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hat, durch den im September vorigen Jahres abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich in meiner Reichstagsrede vom 28. November 1925 ausgesprochen habe, bestimmt. Die wichtigste Aufgabe der Reichsregierung wird durch den

### Innenpolitik

betrifft, so verweise ich wegen der grundsätzlichen Stellungnahme der Reichsregierung zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf die Erklärung, die ich am 19. Januar 1925 in diesem Hause abgegeben habe. Auf diese Erklärung berufe ich mich auch wegen der grundsätzlichen Regierungseinstellung zu Beamtenamt und Beamtenrecht. Auf dem Gebiete der Schulpolitik wird die Reichsregierung die Lösung anstreben, unter der Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Völkerfreude. Die gesamte Regierungs- und Verwaltungstätigkeit und die Weiterverfolgung der allgemeinen Reformgedanken muß von dem Grundsatz beherrscht sein, daß die öffentlichen Aussagen auf ein Minderheitskabinett abzuzüglich sind. Der feste Willen zu solcher grundsätzlichen Sparsamkeit, der seine Wurzel im stärksten bürgerlichen Verantwortungsgefühl findet, muß sich, wenn wir einen Ausweg aus der Bedrängnis der Gegenwart finden wollen, nicht nur innerhalb der Verwaltung des Reiches, sondern in gleicher Weise auch bei den Vätern und Gemeinden auswirken.

Die Lage, in der die Reichsregierung die Geschäfte des Reichs übernimmt, ist gekennzeichnet durch eine Wirtschaftskrise von außergewöhnlichem Ausmaße. Ihre Abwendung ist dringendste Aufgabe der Gegenwart. Es bedarf dazu der Aufführung aller geistigen und fiktiven Kräfte, der ganzen Arbeitsamkeit und Sparsamkeit unseres Volkes.

Die Regierung ihrerseits wird mit allem Ernst und allem Nachdruck auf finanzielle, wirtschaftliche und nicht zuletzt auf sozialpolitisches Gebiet alles tun müssen, was möglich ist, um die Erholung der Wirtschaft zu fördern und die Not der weitesten Volksstämme zu lindern.

## Die Minderheiten der Baltstaaten.

### Probleme, die zu lösen sind.

Der Berichterstatter der "Frankf. Bdg." meldet aus Riga: Am 17. Januar 1926, abends, wurde die Konferenz der Minderheitenvertreter der baltischen Staaten geschlossen, auf der die deutsche, jüdische, russische, polnische Fraktion Lettlands, die deutsche Fraktion Estlands — die Russen hatten zugesagt, waren aber nicht erschienen —, die deutsche, jüdische und polnische Fraktion Litauens vertreten waren. Der Zweck der Konferenz war, festzustellen, in welchen Fragen eine Zusammenarbeit der Minderheiten in diesen drei historisch und geopolitisch einander besonders nahestehenden Staaten möglich sei.

Zum Zentrum des Interesses stand die Autonomiefrage. Der Vergleich ergab eine fast vollständige Übereinstimmung in den Zielen, wenn auch die Lage in den drei Staaten verschieden ist. Estland hat jetzt seinen deutschen Kulturrat, der jüdische ist zur Aufführung des Statutes vorgebrachten. Ob die Schweden sich dem Vorgehen der anderen Minderheiten anschließen werden, läßt sich noch nicht sagen. Was in Estland auch bei den Deutschen noch fehlt, ist die einheitliche Verwaltung des Schulwesens durch die vom Kulturrat gewählte Verwaltung. Erst in Jahresfrist wird sich zeigen, wieviel es möglich sein wird, hier eine glückliche Lösung zu finden. In Lettland dagegen funktioniert seit fünf Jahren die Verwaltung des deutschen Bildungswesens, die an der Spitze des zu einem Selbstverwaltungsräger zusammengeführten privaten, kommunalen und staatlichen deutschen Schulwesens statt, man muß sagen, bestreitend, so lange das künftige Gesetz von Seiten der lettischen Behörden in seinem eigentlichen Sinne interpretiert wird, wie das in letzter Zeit der Fall gewesen ist. Dagegen wird die deutsche Schulverwaltung provisorisch noch immer von der deutschen Parlamentsfraktion, statt von dem im Gesetz vorgesehenen Nationalrat wählt. Die Aufgabe, die im Gesetz enthaltenen Unklarheiten, die besonders in der Inspektionsfrage zu Reibungen geführt haben, zu beseitigen und durch Schaffung des Nationalrates die national-kulturelle Autonomie herzustellen, ist bekanntlich leider durch den Widerstand des Mehrheitsvolkes noch immer nicht gelöst. Besonders betrüblich ist dabei, daß das für einen Selbstverwaltungsräger doch eigentlich selbstverständliche Selbstbesteuungsrecht fürs erste gar keine Ausübung auf Vermölung hat.

Geradezu tragisch ist die Entwicklung in Litauen: Dort war die national-kulturelle Autonomie in die Verfassung aufge-

nommen. Der jüdische Nationalrat funktionierte bereits, wenn auch nicht auf der Grundlage eines Spezialgesetzes. Ein deutsches, russisches, jüdisches, polnisches Schulwesen war, wenigstens in den Anfängen, da Leider ist diese Entwicklung, durch die sich Litauen eine führende Stelle hätte verschaffen können, im Schlammbad des Chauvinismus untergegangen, und die Anfänge sind bis auf geringe Reste vernichtet.

In wirtschaftlicher Hinsicht bestehen in der Behandlung der Minderheiten in den drei Staaten nur Nuancen, d. h. die wirtschaftlichen Fragen werden in diesen Staaten nicht nach dem Gesetz der Wirtschaft, sondern nach national-chauvinistischen Gesichtspunkten entschieden. Das zeigt sich in der Agrarfrage ebenso wie in der Besetzung der Posten in den Staatsbanken, in der Gewährung von Krediten und in der Belastung durch Steuern. Die Staatsangehörigkeitsfrage ist in Estland, besonders aber in Lettland noch immer nicht zu einem befriedigenden Abschluß gelangt. Die Konferenz stellte fest, daß die drei Staaten sich durch ihr Vwiderhandeln gegen die wirtschaftliche Gesetzmäßigkeit selbst geschadet haben.

Die Minderheiten in den drei Staaten können auf eine längere wirtschaftliche Erfahrung als die Mehrheitsvölker zurückblicken und daher besser als diese die wirtschaftspolitische Bedeutung der Bollonisationsfrage beurteilen. Es mußte im staatlichen Interesse mit Bedauern konstatiert werden, daß die glücklich begonnenen Verhandlungen zwischen Lettland und Estland durch den Eindruck von Interessenverhandlungen sind, wenn auch neuerdings wieder eine gewisse Hoffnung zur Wiederaufnahme des Problems besteht. Leider sind die Aussichten eines Beitritts Litauens sehr gering, wo Spezialinteressen die staatspolitischen zu unterdrücken drohen. Die Vertreter aus Litauen sahen sich zu der Erklärung gezwungen, in dieser vitalen Frage ihres Staates nicht mitreden zu können, da im Gegensatz zu Lettland und Estland die Parlamentarier der Minderheiten von der Behandlung außenpolitischer Fragen ausgeschlossen sind und daher nicht informiert waren.

Als Ergebnis stellte die Konferenz die grundsätzliche Überzeugung in allen besprochenen wichtigeren Fragen fest, wie z. B. in den Fragen der Ausbildung des nationalen Kampfes aus der staatlichen Wirtschaftspolitik, der Durchführung der national-kulturellen Autonomie und der Gewährung der Staatsbürgerschaft. Die auf der Konferenz geschaffenen Beziehungen sollen in Zukunft in gemeinsamer Arbeit aufrechterhalten und ausgestaltet werden.

Die Reichsregierung wird mit aller Energie auf eine Besserung der

### Kreditlage der Wirtschaft

hinarbeiten. Unsere Wirtschaft braucht billigeren und langfristigen Kredit. Die Reichsregierung lernt dabei besonders auch an die Landwirtschaft, deren Notlage sie mit großer Sorge verfolgt. Die Regierung ist sich darüber klar, daß mit Krediten allein nicht gearbeitet werden kann, wenn nicht gleichzeitig auch mit anderen Mitteln die Landwirtschaft ertragfähig gemacht wird. Maßnahmen zur Steuerung der Not in der Landwirtschaft sind in Vorbereitung und sollen in Verbindung mit den einzelnen landwirtschaftlichen Organisationen betrieben werden.

Neben die notwendige Stärkung der Innenwirtschaft tritt mit gleicher Bedeutung das Erfordernis einer

### Steigerung der Ausfuhr.

Die gesamten Handelsvertragsverhandlungen, die ohne Unterbrechung fortzuführen sind, müssen mit dem Ziel geführt werden, die Wiederherstellung eines lebhaften Warenaustausches zu ermöglichen. Es soll in erster Linie darauf hingearbeitet werden, daß die teilweise bestehende Schlechterstellung deutscher Waren im Vergleich zu den Waren anderer Länder auf ausländischen Märkten beseitigt wird.

Die besonderen Verhältnisse, die sich aus außergewöhnlichen Entwicklungen der Wirtschaftslage in anderen Ländern ergeben haben und für einzelne deutsche Wirtschaftszweige, so besonders für Kohle und Eisen, sehr fühlbar geworden sind, erfordern die besondere Aufmerksamkeit der Reichsregierung.

Soweit die schwierige Wirtschaftskrise, die wir durchlaufen, eine allgemeine Krise ist, müssen die Hemmungen beseitigt werden. Dabei lernt die Reichsregierung nicht etwa an einen überspannten Eingriff der Behörden. Sie ist aber davon überzeugt, daß die schon vor längerer Zeit eingeleitete Preisentlastung fortgesetzt werden muß. Besonders wichtig ist auch die Verabschiedung eines Gesetzes über die Belebung der Diskontaufsicht. Der unverzügliche Befreiung der Preisentlastung neben der Gesundung des Wirtschaftslebens ist die Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter und der sonstigen Bevölkerungssteile mit geringem Einkommen.

In Erfüllung einer besonderen Aufgabe der sozialen Politik wird die Reichsregierung ein Arbeitsschuhgesetz einführen, das die Bestimmungen über Arbeitsschuh einheitlich zusammenfaßt und die Arbeitszeit neu regelt wird. Die Reichsregierung hält die von den früheren Regierungen wegen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens abgegebenen Erklärungen aufrecht. Das Inkrafttreten einer international geregelten Arbeitszeit in Deutschland muß von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängen.

Die gesetzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge ist angesichts der großen Zahl der Erwerbslosen mit Beschleunigung zu betreiben. Vor wenigen Wochen sind die Bedingungen für die Zuwendung der Reichsdarlehen für die Notstandsarbeiten an die Kommunen und andere Verbände wesentlich erleichtert worden. Auch ist der Anteil des Reiches und der Länder an den Kosten dieser Arbeiten erhöht worden.

Die wichtigsten Maßnahmen zur

### Aufhebung der Arbeitslosennot

bleiben solche, die der deutschen Wirtschaft zu innerlich gesunder Arbeit verhelfen. Auch um dieses Ziel willen muß die deutsche Gesamtregierung auf die Herstellung und Festigung eines wirklichen europäischen und Weltfriedens eingestellt sein.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, habe ich Ihnen die Aufgaben vor Augen geführt, vor die das neue Kabinett gestellt ist und die es im Vertrauen auf die Unterstützung dieses Hohen Hauses und des gesamten Volkes zu lösen sich befinden wird. Das Gebot der Stunde ist, angesichts des großen Sieles der Wiederanrichtung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes nach innen und nach außen sachliche Maßnahmen mit sachlicher Arbeit zu ergreifen. Lassen Sie uns an die gemeinsame Arbeit im Dienste des Vaterlandes gehen, um die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Epoche zu überwinden. Je sachlicher und kühler alle Teile des Volkes diese Arbeit unterstützen, je eher wird Deutschland wieder die Stellung in der Welt erhalten, die der Größe und Wichtigkeit des Volkes gebührt."

Die Kommunisten unterbrachen die Kanzlerrede wiederholt mit lauten Rufen. Die kommunistischen Abgeordneten Höller und Häfner wurden wegen wiederholter Rufe vom Präsidenten Loebe zur Ordnung gerufen.

Am Schlus der Rede kamen Bravo-Rufe aus der Mitte. Die Kommunisten und die Böllischen gaben.

## Aus anderen Ländern.

### Ein neuer Plan für die Fündierung der französischen Schulden an Amerika.

London, 27. Januar. (R.) Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt, die französische Regierung plane die Möglichkeit einer Fündierung der französischen Schulden an Amerika auf folgender Grundlage: Die französische Regierung würde dem amerikanischen Bankiers einen Teil des französischen Anteils an den deutschen Reparationen aus dem Dawesplan, sowie einige der evtl. Zahlungen, die Frankreich von seinen Alliierten erwartet zuweisen und würde garantieren, irgend welche etw aiges Defizite zu bedenken. Die amerikanischen Bankiers würden dann die von Frankreich geschuldeten Annuitäten immer direkt an die amerikanische Regierung leisten.

### Die Schweiz zahlt an Russland Entschädigungen.

Wie aus London verlautet, will die Schweiz nunmehr doch an Russland eine Entschädigung für den in der Schweiz verübten Mord an Worowski zahlen. Die Zahlung erfolgt jedoch nicht als Rechtspflicht, sondern lediglich als Gnadenakt. Die Verhandlungen Russlands mit der Schweiz sind somit endgültig beendet worden und zwar in günstiger Weise für Russland.

### Der Matteotti-Prozeß soll im März stattfinden.

Die "Wiener Allgemeine Zeitung" weiß mitzuteilen, daß die Verhandlungen über den Matteottiprozeß für die erste Tage des Monats März angelegt seien. Wenn keine Umlenkungen eintreten, wird er vor den Geschworenen von Chiari durchgeführt werden. Es sei nun mehr sicher, so schreibt das Blatt weiter, daß die Klage seitens der Bündner d. h. von der Witwe Matteottis, zurückgezogen wird. Tatsächlich sollen die Rechtsanwälte Abgeordneter Gonzales und Modigliani, die die Vertreter der Familie Matteottis sind, nach Einsichtnahme in die schriftlichen Schlussfolgerungen der Untersuchung die Überzeugung gewonnen haben, daß eine moralische Wissenschuld des Regimes nicht bewiesen werden kann.

Die fünf Angeklagten, Dumini, Malacria, Poveromo, Biolai und Polpi, werden einzeln von je einem einzigen Anwalt verteidigt werden. Obwohl nach Zurückziehung der Bündner keine Ausgabe beträchtlich reduziert erscheint, wird Abgeordneter Farinacci doch die Verteidigung Duminis weiterführen.

### Oesterreichs Eigentum in Amerika wird freigegeben.

In Washington werden gegenwärtig Verhandlungen geführt, die die Forderung der Rückgabe des österreichischen Eigentums bezeichnen. Die beiden Mächte Österreich und Ungarn sind durch die Legationsräte Steinböck und Kolenyi vertreten, während zum amerikanischen Vertreter Bonhag bestellt ist. Letzterer war auch im deutsch-amerikanischen Schiedsgericht Vertreter Amerikas. Der Vorsitzende des Gerichts ist Richter Parker, der auch im deutsch-amerikanischen und amerikanisch-mexikanischen Schiedsgericht Schiedsrichter war. Man rechnet mit der Abgabe der Forderungen bis zu einem Jahre und erwartet, daß die angeforderten Beträge auf ungefähr 80 Millionen Dollar belaufen werden. Wenn man die Ergebnisse des deutsch-amerikanischen Schiedsurteils zugrunde legt, darf man hoffen, 4-5 Millionen Dollar zugesprochen zu erhalten. Die Verhandlungen werden wegen Auflösung der Donaumonarchie sehr zerstreut und dadurch sehr erschwert sein. Wenn jedoch der ungarische Besitz freigegeben werden sollte, dann erwartet man auch die Freigabe des Eigentums Österreichs.

### Der amerikanische Senat und der Weltgerichtshof.

Washington, 27. Januar. (R.) Der Senat nahm die 5 Vorhalte für den Beitritt Amerikas zum Weltgerichtshof mit großer Stimmenmehrheit an. Ferner stimmte der Senat dem Zusatzartikel zu, daß die Unterschrift des Vereinigten Staates dem Gerichtshofprotokoll erst dann beigelegt werden soll, wenn die Mitgliedsstaaten die amerikanischen Vorhalte angenommen haben. Ein Antrag des Demokraten Reed, daß die Montevideo-Klausur als ein auch für den Weltgerichtshof gültiger Grundsatz des internationalen Rechts erklärt werden soll, wurde abgelehnt.

## Letzte Meldungen.

### Aus dem Reichstage.

Berlin, 27. Januar. (R.) Am heutigen Vormittag hatten noch keine Fraktionssitzungen stattgefunden. Das Misstrauensvotum der Deutschnationalen, das lediglich die übliche unmotivierte Fassung haben wird, wird im Laufe des Tages dem Reichstage zugehen. Die Sozialdemokraten treten heute nach dem Plenum zu einer Fraktionssitzung zusammen, um eine Stellungnahme zu der zu erwartenden Bildungsfürformel der Mittelpartei zu nehmen.

### Das Misstrauensvotum.

Berlin, 27. Januar. (R.) Das deutchnationale Misstrauensvotum hat folgenden Wortlaut: "Die Regierung besitzt nicht das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf."

### Chamberlain kommt nach Paris.

Paris, 27. Januar. (R.) Chamberlain wird heute nachmittag hier erwartet.

### Bevorstehende Ernennung Cerritos zum Kardinalstaatssekretär?

Paris, 27. Januar. (R.) Der Berichterstatter des "Petit Parisien" in Rom will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß Kardinalstaatssekretär Casaroli durch den demnächst von seinem Unterricht in der deutschen Sprache und Literatur an der Universität Rom zurückkehrenden Brunius Kardinal Cerrito ersetzt werden soll.

### Ein Lehrstuhl für Deutschland an der Amsterdamer Universität.

Amsterdam, 27. Januar. (R.) Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag der Kuratoren der Amsterdamer Universität annehmen lassen, der niederländisch-deutsche Vereinigung die Errichtung eines besondern Lehrstuhles für den niederländischen Universität zu bewilligen. Der Magistrat befürwortete den Antrag.

### Zur Frage eines Balkan-Garantievertrages.

Athen, 27. Januar. (R.) Nach einer Blättermeldung soll die jugoslawische Regierung auf Anraten befreundeter Mächte beschlossen haben, den dafür interessierten Mächten Verhandlungen über einen Balkan-Garantievertrag vorzuschlagen. Der jugoslawische Gesandte in Berlin, der als Autorität in allen Balkanfragen gilt, soll mit dem vorbereiteten Stadium dieser Fragen betraut werden.

### Die Kälte in Italien.

Ferrara, 27. Januar. (R.) Die große Kälte der letzten Tage hat ein wenig nachgelassen. Das Thermometer zeigt aber immer noch 13 Grad unter Null. Die Schifffahrt auf dem Po ist infolge des starken Eisgangs erschwert.

## Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Berantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Szyber; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeier; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den un

Statt jeder besonderen Anzeige.

Am Montag, dem 25. d. Mts., abends 8 Uhr entzifferte sanft nach kurzem, schwerem Leiden im 71. Lebensjahr an den Folgen eines Schlaganfalls unsrer liebe gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

## Frau Luise Goeldner,

geb. Schulze.

Dies zeigt im Namen der trauernden Hinterbliebenen an

Dipl.-Ing. Richard Goeldner  
Gewerberat.

Poznań, ul. Sporna 14, I.  
Dortmund, Schweidnig, Magdeburg, Elbing, den 27. Januar 1926.  
Es wird gebeten, von Besuchern Abstand zu nehmen.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 29. d. Mts. nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des neuen Paulusfriedhofes ul. Grunwaldzka aus statt.

Habe meine Praxis wieder aufgenommen

## Otto Lüneburg, Dentist.

Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6. Tel. Nr. 2465.

## Bücher-Revisor

mit läng. Praxis im Beruf sucht noch einige Kunden unter folgenden Bedingungen. Angebote auch von auswärtigen Firmen unter 2. 3055 an die Geschäftsst. d. Bl.

### Tauschangebot für Deutsche Optanten

**Massives Haus** in Herren b. Recklinghausen (Westfalen). 2<sup>1</sup>/2 Stockwerke hoch, 17 Zimmer mit allem Komfort. 7 Ställen u. Hof im Wert v. 30.000 M. gegen 1 Wohnhaus in d. fröh. Prov. Polen aber auch eine Landwirtschaft in der näheren Umgebung von Polen zu tauschen gesucht.

Meld. unter 2. 3001 an die Geschäftsst. d. Bl.

## Klaviere, Orgeln Harmoniums

werden gründlich gestimmt und repariert.

## S. Freitag, Klaviermacher,

Poznań, ul. Łukaszewicza 52.

Ich kaufe jeden Posten  
**Brau-Gerste** und bitte um Angeb.  
E. Schmidtke, Swarzędz.

Verkäufe ca. 1000 bis 1200 Zentner gesunde

## Munkelrüben

(gelbe Endorfer) meistbietend, zur Verladung bei frostfreiem Wetter. Angebote an A. Liebel, Jozefowa b. Luboń, pos. Miedzyń 6d.

## Zeitschriften, Journale,

die etwa nicht mehr gewünscht werden sind. Preis 14 Tage v. Ablauf d. Kalendervierteljahres

Gutbeteil. Erhält dies nicht, läuft d. Abonnement

ein Vierteljahr weiter.

Verlandbuchhandlung der  
**DRUKARNIA CONCORDIA**,  
POZNAŃ, ul. Zwierzyniecka 6.

## Zur Einheirat

in eine gutgehende Gastwirtschaft mit  
30 Mrg. Land suche ich einen passenden

## Geschäftsmann,

kan auch Fleischer sein, nicht unter 30 Jahren, evgl. Gefallige Angebote mit Vilk. welches auf Wunsch zurückgesandt wird, unter 2. 3052 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

## Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)  
für den Monat Februar 1926

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Es sind noch zu haben:

Deutscher Heimatbote  
Kalender für 1926,  
Preis 2 30 M.,  
Landwirtschaftlicher  
Kalender für Polen, 1926,  
Preis 2,40 Złoty,  
nach auswärt. m. Porto zu zahlg.  
Verlandbuchhandlung der  
Drukarnia Concordia Sp. Akc.  
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Unsere Leier  
und Freunde  
bitten wir, bei Einkäufen  
doch auf das  
Posener Tageblatt  
zu berufen.

Auktion u. Verkäufe  
Eichenspeichen  
u. 8 ehm Eschenbohlen  
und -Bretter  
verlässlich  
Eggebrecht — Wieleń.

**Falzhuseisen**,  
pro Kilo 45 Gr und  
Hufnägel, deutsches Fabrikat,  
empfohlen A. Nasieński, Poznań,  
27. Grudnia 5.  
Telephon 2014.

**Wohnungen**  
1—2 gut möbl. Zimmer  
zu verm. Poznań, ul. Większa  
19 III. Etage rechts.

**Gut möbl. Zimmer**  
 sofort zu vermieten Poznań,  
Matejki 65 a, 1. Etage rechts.

**Möbliertes Zimmer**,  
sauber und ruhig, zum 1. 2. zu  
vermieten Poznań, ul. Dąbrowska 2 II. rechts.

**Gut möbl. Zimmer**  
mit elekt. Licht, möglichst  
Zentrum der Stadt, von  
sofort gesucht. Ang. mit  
3049 a. d. Geschäftsst.  
d. Bl. zu richten.

**Gemischter Chor Poznań**

veranstaltet am Sonntag, dem 7. Februar d. J., nach-

mittags 4 1/2 Uhr in der Grabenloge einen

## Bunten Abend

verbunden mit

Konzert, Chor- u. Sologesängen,  
Theateraufführung und nachfolgendem Tanz.

Eintrittskarten zum Preise von 1,50 zł für Mit-  
glieder 2,50 zł für Gäste, inkl. Steuer, sind an der Kasse,  
im Vereinslokal von Fiedler, Górska-Wilda, und bei  
Herrn Dobusch in der Redaktion des "Posener Tageblattes"  
zu haben.

Um rege Beteiligung bittet

## Inventur-Ausverkauf

vom 28. Januar bis 10. Februar 1926.

Offerlere zu Konkurrenzpreisen:  
**Damen-, Herren-, Knaben- und Mädchenstiefel,**

unter anderem:

Fabrikat der Firma „Słon“ Warszawa,  
Ausführung „Goodyer Welt“

ca. 400 Paar.

1. Herren-Halbschuhe,	zum Schnüren, schwarz . . . . .	26,30
2. Herren-Schuhe,	Boxcalf-Aufläufen, schwarz und farbig . . .	32,30
3. Herren-Schuhe,	Gemsleder und mit Gummizug . . .	34,70
4. Herren-Lackhalbschuhe	Gemsleder . . . . .	36,60
5. Damen-Halbschuhe,	Boxcalf, schwarz u. farb., m Schnalle . . .	24,40
6. Damen-Lackschuhe,	Gemsleder, mit Schnalle u. 2 Knöpfen . . .	29,90

und sämtliche anderen Artikel zu bedeutend  
ermäßigt Preisen.

**Rozmarynowicz, Poznań**  
Stary Rynek 93.

### Spielplan des "Teatr Wielti".

Mittwoch, den 27. 1. abends 7 1/2 : "Eros u. Psyche" (Premiere).

Donnerstag, den 28. 1. abends 7 1/2 : "Der Evangelist" (zum 9. Male).

Freitag, den 29. 1. abends 7 1/2 : "Eros u. Psyche" (zum 2. Male).

Sonnabend, den 30. 1. abends 7 1/2 : "Edmée".

Sonntag, den 31. 1. abends 3: "Faust" (Preise ermäß.)

Sonntag, den 31. 1. abends 7 1/2 : "Die Puppe" (zum 10. Male).

Montag, den 1. 2. abends 7 1/2 : "Die Hugenotten".

den 2. 2. nachm. 3: "Tosca" (Preise ermäß.).

den 2. 2. abends 7 1/2 : "Eros u. Psyche" (zum 3. Male).

### POSENER BACHUEREIN.

Freitag, den 5. Februar, abends 7 1/2 Uhr

im großen Saale des Engl. Vereinshauses:

### Fröhliche Musik.

Mozart: Dorfmusikanten-Sextett,  
Schubert: Hochzeitstränen,  
Beethoven: Flöten-Serenade,  
Bach: Bauern-Cantate.

Eintrittskarten zu 3, 3, 1 1/2 zł in der Engl. Vereinsbuchhandlung. Sekt: 50 Groschen.



## KAROL RIBBECK

Inhaber: Aleksy Lissowski

Poznań, Pocztowa 23

Telephon 32-78.

Gegründet 1876.

## Weinstuben und Bar

### PAX

Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 22 (neben Hotel Imperial)

Täglich:

## Künstler-Konzert

Preise für Getränke  
ganz enorm reduziert.

## Restaurant „Ustronie“.

Poznań, Pocztowa 11.

## Hallo! Bier billiger!

1/10 Liter 30 gr., 1/4 Liter 25 gr., Bock 3/10 Liter 45 gr.  
Reichhaltige Speisenkarte. — Mäßige Preise

Antoni Gniatczyński.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

## Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)  
für den Monat Februar 1926

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Februar 1926

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Februar 1926

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Februar 1926

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Strasse .....

**Ein italienischer Kongress.**

In den nächsten Tagen soll in der ewigen Stadt Rom ein Kongress stattfinden, der die städtische Erziehung behandeln soll. Zu diesem Kongress hat auch der deutsche Philanthrop und Nobelpreisträger Rudolph Eucken eine Einladung erhalten. Auf diese Einladung hat Eucken wie folgt geantwortet: "Haben Sie verbindlichen Dank für die liebenswürdige Einladung. Aber ich bedauere dieser Einladung aus prinzipiellen Gründen nicht folgen zu können. Zur direkten Widerrede gegen die elementaren Gebote der Moral wird jetzt die deutsche Bevölkerung von Südtirol auf das Ich verübt von der italienischen Regierung unterdrückt. — Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Grund meiner Verhinderung öffentlich aussprechen möchten."

Mussolini wird sich hütten den Grund der Absage öffentlich auszusprechen.

**In kurzen Worten.**

London 27. Januar. (R.) Daily Telegraph zufolge traf gestern in London das deutsche Schiff "Schwalbe" mit Gold aus Leningrad im Werte von 1 Million Pfund Sterling ein. Das Gold wurde nach der Bank geschafft. Wie verlautet, ist das Gold in England als Sicherheit für die jüngst von der russischen Handelsdelegation bei englischen Firmen verteilten Bestellungen deponiert worden.

\*  
Die Anzahl der Erwerbslosen hat sich in Berlin in der vergangenen Woche bis auf 210 000 Personen erhöht.

\*  
Wie gedachtet wird, hat Tschangto-sin die sofortige Freilassung des verhafteten russischen Eisenbahndirektors angeordnet.

\*  
Im deutschen Reichsfinanzministerium liegt ein neuer Entwurf eines Branntweinmonopolgesetzes vor.

\*  
Der Rücktritt der belgischen Militärpersonen hat wie berichtet, eine Regierungskrise zur Folge. Verschiedene Minister werden zurücktreten.

\*  
In Ortsch in Weizkugland ist durch eine Explosion ein großes Munitionslager und eine Kaserne in die Luft geslogen.

\*  
Nach einer Blättermeldung aus Bukarest stießen auf der Eisenbahnstrecke Piatra-Neamț zwei Güterzüge zusammen, sodass der eine mit allen Wagen in die Richtung flüchtete.

**Nus Stadt und Land.**

Posen, den 27. Januar.

**Familienabend des Evangelischen Vereins junger Männer.**

Am Sonntag, dem 31. d. Ms., nachmittags 5 Uhr veranstaltet der Posener Evangelische Verein junger Männer einen Familienabend im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses. Entsprechend Gedanken, die die Epiphaniaszeit nahe bringt, ordnet sich der Abend um einen Vortrag des Ersten Vorsitzenden, Geheimrat D. Stae m m l e r über das Thema: "Doch wir auch heute noch Wunder erleben, wie sie Jesus getan hat." Dieser Vortrag wird umrahmt und ergänzt durch eine Reihe von Gedicht- und Polkaorchenvorträgen, zwischen denen wieder gemeinsame Gesänge liegen. Wir machen auf diese Veranstaltung alle Evangelischen aufmerksam und teilen mit, dass der Eintritt frei ist. Programme kosten 30 gr und enthalten die Texte der gemeinsamen Lieder. Beim Ausgang wird eine Sammlung zur Deckung der Unkosten gehalten.

**Die Tage beginnen zu „langen“.**

Die Zunahme der Tageslänge macht sich bereits deutlich bemerkbar. Bzw. tritt sie am Morgen noch nicht wesentlich in die Er scheinung, aber am Nachmittag ist es jetzt bereits bedeutend länger hell. Diese Ungleichmäßigkeit hat ihren Grund in dem Unterschied zwischen der wahren Sonnenzeit und unserer Uhrzeit. Der Umstand, dass die Erde nicht immer gleich weit vor der Sonne entfernt ist und sich nie nach der geringeren oder größeren Entfernung schneller oder langsamer bewegt, hat eine Ungleichheit der wahren Sonnenzeit, d. h. des zwischen zwei aufeinanderfolgenden Mittagen oder (oberen) Kulminationen der Sonne liegenden Zeitraumes zur Folge.

**Die Adressierung von Postsendungen.**

Im "Dziennik Ustaw" Nr. 7 vom 22. d. Ms. ist eine Verordnung des Ministers für Industrie und Handel über die Adressierung von postalischen und telegraphischen Sendungen, von der Anmeldung von Telephongesprächen und dem Gebrauch der Sprachen im Telegraphen- und Fernsprechverkehr im Inlande erschienen. Die Verordnung sieht als Grundsatz fest, dass die Adressen sämtlicher postlichen und telegraphischen Sendungen im Innendienst ausschließlich in lateinischer Schrift geschrieben werden müssen, wobei der Bestimmungsort im amtlichen Wortlaut anzugeben ist. Sofern gegen diese Bestimmung verstochen wird, kann das Post- bzw. Telegraphenamt die Annahme der Sendung verweigern. Die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz wird der Generaldirektor der Posten und Telegraphen erlassen.

**Falsche Reichsbanknoten.**

Von den im Umlauf befindlichen deutschen Reichsbanknoten über 20 Reichsmark mit dem Datum des 11. Oktober 1924 ist eine neue Fälschung festgestellt worden, die unschwer an folgenden Merkmalen zu erkennen ist: die Scheine bestehen aus zwei zusammengefügten Blättchen, einem kräftigeren leicht gelb getönten und einem brauchbarer brauner farbigen Deckblatt. Die Pflanzenfasern sind durch falsche zwischen die Blättchen gelagerte dünne Fasern ersetzt. Die Borderrseite zeigt ein gröberes verwittertes Gesamtbild. Das in unregelmäßigem mangelhaft nachgebildete Frauenbildnis kennzeichnet die Fälschung in auffälliger Weise.

8. Die endgültige Frist für die Einlösung des Patente läuft mit Sonntag, dem 31. d. Ms. ab. Anfang Februar beginnt die Revision. Wer dann die Patente für 1926 nicht nachweisen kann, verfällt den vorgeschriebenen Strafen.

8. Juristische Personalnachricht. Zum Präsidenten des Appellationsgerichts in Katowice ist der bisherige Vizepräsident Tadeusz Starz ernannt worden.

X Posener Bachverein. Am Freitag, dem 5. Februar, abends 1/2 Uhr soll im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses "fröhliche Musik" geboten werden. Der Bachverein nimmt damit eine alte Übung wieder auf, wenn er, neben der vielen ersten Musik, die er bietet, einmal im Jahre, zur Fastnachtszeit, auch ganz andere Saiten aufzieht. Diesmal stehen Mozart, Schubert, Beethoven und Bach mit 4 östlich-südlichen Werken auf dem Programm: Dorfmusikanten-Sextett. Der geförderte Hochzeitsbraten, Flöten-Serenade und Bauern-Kantate. Das Programm ist so mit Rücksicht auf die vom 4. bis 6. Februar hier tagenden Landwirtschaftlichen Versammlungen gestaltet worden. Da viele auswärtige Gäste erwartet werden, und die Nachfrage nach Eintrittskarten

sich schon groß ist, empfiehlt es sich für Auswärtige, sich im voraus Karten in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung, Wajdowa 8, zu bestellen (5. 3. 1 1/2 zl), ebenso Texte (50 gr), die zum Verständnis der ganzen "fröhlichen Musik" unbedingt nötig sind.

# Der "Gemischte Chor Posen" hat sich entschlossen, von Zeit zu Zeit weitere Unterhaltungsabende zu veranstalten. Am 7. Februar d. Js. nachm. 4 Uhr findet der erste dieser Unterhaltungsabende in der Grabenloge, wie aus dem Anzeigenteil unseres Blattes ersichtlich ist, statt, wozu ein reichhaltiges Programm vorgesehen ist. Die Eintrittspreise würden so niedrig bemessen, dass es jedem möglich sein dürfte, den "Unten Abend" zu besuchen. Die beiden Einakter, die dort vorgeführt werden sollen, därfen im Zusammenhang mit Solo-vorträgen und Chorliedern jeden Besucher bestreiten.

X Eine Laubenschanz ohne Erhebung von Eintrittsgeld veranstaltet der Laubenzuhverein in Posen (Polonia) vom 31. Januar bis 2. Februar d. Js. in seinem Vereinslokal Młodzorząski. Willkie Gatsby (ir. Gr. Gerberstr.) Nr. 41. Zur Schau gestellt werden Lauben aller Rassen. Freiwillige Spenden beim Eintritt werden zur Speisung bedürftiger Kinder überwiegen werden.

X Posener Wochenmarktpreise. Auch auf dem heutigen Mittwochwochenmarkt war der Verlehr wieder ziemlich schwach. Die Preise waren gegen Montag wenig geändert. Es wurden bezahlt das Pfund Butter mit 1,80—1,90 zl, Tafelbutter mit 2,10—2,40 zl, das Liter Milch mit 30 gr, die Mandel-Tier mit 2,80—2,90 zl, zwei Köpfe Weiz- und Rottohl mit 25 gr, das Pfund Grünkohl mit 15—20 gr, Rote und Mohrrüben mit 10 gr, eine saure Gurke mit 15 gr, das Pfund Radobst mit 80—70 gr, Badpläumen mit 70 gr, das Pfund Zwiebeln mit 20—25 gr, eine Zitrone mit 15 gr. Für einen Hafen mit Fell zahlte man 7 bis 7,50 zl, ohne Fell 5—5,50 zl. Auf dem Fleischmarkt kostete ein Pfund roher Speck 1,30 zl, ein Pfund Räucherspeck 1,70—1,80 zl, ein Pfund Schweinefleisch 0,90—1,20 zl, Hammelfleisch 0,90 bis 1,30 zl, Kalbfleisch 0,90—1,20 zl, Hammelfleisch 0,80—1,10 zl. Auf dem Geflügelmarkt zahlte man für eine Gans 12—16 zl, für eine Ente 4—4,50 zl, für ein Huhn 1,50—2,50 zl, für ein Paar Tauben 1,20—1,40 zl. Der Fischmarkt war geschäftlos.

X Im Teatr Polacowy herrschte am gestrigen Dienstag anlässlich der Erstaufführung des Films "Der Graf von Monte Christo" nach dem bekannten gleichnamigen Roman des Alexandre Dumas (Vater) ein fast beängstigender Massenandrang. Das ist begreiflich, gehörte doch dieser Roman des überaus fruchtbarer französischen Schriftstellers zu den besten, die aus seiner Feder hervorgegangen sind. Er nimmt in der Weltliteratur einen guten Platz ein und schildert die nach der endgültigen Abfegung Napoleons I. und seiner Verbannung nach Elba entbrannten Kämpfe zwischen Bonapartisten und Royalisten und die nicht immer einwandfreien Boffen, mit denen sich beide Parteien bis aufs Messer befieheln. Die Hauptrolle des Gefangenen der Festung d'If und des nachmaligen Grafen von Monte Christo, der an den drei Personen, die ihm schweres Leid zugefügt haben, bitttere Rache übt, hat in John Gilbert einen vollendetem Vertreter gefunden. Auch die übrigen Darsteller finden sich mit ihren Rollen gut ab. Das Interesse der Zuschauer wächst von Alt zu Alt, in denen sich Stilechtigkeit und zeitgemäße Aufmachung aus der Zeit vor hundert Jahren zu einem glänzenden geschicklichen Gemälde vereinigen.

5. Eine reiche "Arme". Der Magistrat in Posen hat dieser Tage einer wohlhabenden Frau, die eine 8zimmige Wohnung bewohnt und Bijouterien und Effekten im Werte von 180 000 zl besitzt, ein Armutzeugnis zur Führung eines Prozesses ausgestellt. Die Frau ist die Witwe eines hohen Beamten und bezicht als solche entsprechende Pension. Der "Dziennik", dem wie das Vorstehende entnommen, bemerkt, er besitzt die schriftlichen Beweise.

X Erschossen aufgefunden wurde heute früh 8 1/2 Uhr am Garnisonstriebel ein unbekannter junger Mann, der vermutlich Selbstmord verübt hatte.

X Diebstähle. Gestohlen wurden: in der Turnhalle des Botanischen Gartens einen Studenten eine goldene Uhr; aus einer Wohnung in der ul. Konopnickiej 17 (fr. Goethestraße) ein grauer Mantel, ein neuer graue gestreifter Anzug, ein schwarzes Jackett, 1 Gehrock, ein paar schwatzgesetzte Kleinkleider im Werte von 700 zl. Vom Boden des Hauses Benetkiert 7 ein Sportschlitten ein Unterbett, 6 Pfd. Kochhaare, Gardinen im Werte von 100 zl, aus einer Invaliden-Versaußhalle Guckerwaren u. dgl. für 130 zl.

X Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heute, Mittwoch, früh + 1,04 Meter, gegen + 1,02 Meter gestern früh.

X Dom Wetter. Heute, Mittwoch, früh waren 3 Grad Wärme.

**Vereine, Veranstaltungen usw.**

Donnerstag, den 28. 1. 26. Deutsch-Naturwiss. Verein und Polytechn. Gesellschaft: 8 Uhr abends in der Bauhütte. Hauptversammlung.

den 28. 1. 26. Ev. Verein junger Männer: 8 Uhr abends Poszunenhör.

Freitag, den 29. 1. 26. Verein Deutscher Sänger: 8 Uhr abends Übung. Danach anschließend Monatsversammlung.

Sonnabend, den 30. 1. 26. Ev. Verein junger Männer: 7 Uhr abends Turnen, 9 Uhr Wochenschlußdacht.

Sonntag, den 31. 1. 26. Ev. Verein junger Männer: Familienabend.

# Der Anderthalb Repten-Posen veranstaltet am Sonnabend, 6. Februar, abends 8 Uhr in der Grabenloge ein Theaterstück. Die internationale Welt aus dem Mittelalter bis in die Gegenwart gibt sich dort ein Stelltheater. Gäste können durch Mitglieder eingeladen werden; Anmeldungen sind dem 1. Vorsitzenden bekannt zu geben. Eintrittskarten sind in der Konditorei Schorn, ul. Matajewaka 29 (fr. Dittmarz) zu haben.

\* Bromberg, 26. Januar. Die Reiseprüfung am heutigen Privatgymnasium bestanden am Sonnabend: Oskar Seidle, Eva Hoge, Willy Haber, Elisabeth Matthias, Gustav Schüller und Georg Wiegert.

\* Grudenz, 26. Januar. Sonnabend abend waren, nachdem die Schalter des Postamts um 8 Uhr geschlossen worden waren, noch zwei Beamten in der Geldabteilung mit Zählern des Geldes beschäftigt. Gegen 7 Uhr (die Schalterfenster waren von innen nicht verriegelt) wurde plötzlich das Fenster des Schalters Nr. 8 von außen geöffnet, und ein wild aussehender Mensch mit stearem Blick richtete einen Revolver auf die Beamten. Frau. Bagierska. Diese aber hatte trotzdem so viel Geschicklichkeit, blitze schnell über 40 000 zl, die verpackt am Fenster lagen, auf den Fußboden zu werfen und damit das Geld vor der Entwendung zu schützen. Dann sprang sie einige Schritte weiter und fiel ohnmächtig nieder. Der Bandit, den angeblich der drohend erhobene Waffe in der Vorhalle des Postamts wehende Personen nicht angestochen wagten, entfloß dann und entlaßt. Die Polizei hat bereits ermittelt, dass der Täter wahrscheinlich ein ihr bekannter Dieb ist.

\* Intrashin, 26. Januar. Im vergangenen Jahr wurden in der evangelischen Kirchengemeinde 21 Kinder getauft, und zwar 5 Kinder aus der Stadt und 16 vom Lande. Konfirmiert wurden 48 Kinder (8 aus der Stadt und 35 vom Lande). Kirchlich getraut wurden nur zwei Paare. Eins dieser Paare ist durch den Tod schon wieder getrennt worden. Die Zahl der Abendmahlsgäste betrug 844, das sind 82,88 Prozent der Seelenzahl. Durch den Tod wurden überreisen 28 Personen, 11 aus der Stadt und 17 von auswärts. Es sind somit 7 Personen mehr gestorben als geboren wurden. Die Seelenzahl der evangelischen Gemeinde beträgt noch 1067.

\* Schulz, 26. Januar. Nachdem die Stadtverordnetenwahl für ungültig erklärt worden waren, wurden sie am Sonntag nochmals vorgenommen, und zwar mit folgendem Ergebnis: Die Liste Nr. 1 (Deutsche) vereinigte auf sich 516 Stimmen

und erhielt somit 5 Mandate. Auf die Liste 2 (PPS) entfielen 490 Stimmen; aus ihr gehen ebenfalls 5 Mandate hervor. Dieselbe Kandidatenzahl erreichte die Liste Nr. 3 (MPR) mit 397 Stimmen. Die sogenannte Bürgerliste Nr. 4 brachte es bei 229 Stimmen auf nur 2 Mandate, und die Landwirtschafts- und Handwerkerliste Nr. 5 mit 130 Stimmen auf 1 Mandat. Die Wahlbeteiligung betrug 76 Prozent.

□ Steanshofen, Kreis Samter, 26. Januar. Ein Feuer im Naturtheater spielte man hier am Silvesterabend zwischen 8 und 9 Uhr beobachten. Während der volle Mond am östlichen Himmel stand, türmten sich am westlichen Horizont schwarze Wolken auf, die auf einen nahen Schneesturm schließen ließen. Vom Sturm gepeitschte Wolken bedeckten hin und wieder den Mond. In einem Augenblick, als dieser hervortrat, entstand im Westen ein wunderbarer Regenbogen von hellgrauer Farbe. Der ganze Vorgang dauerte etwa 3 Minuten und machte einen grausigen Eindruck.

p. Wreschen 27. Januar. In der Nacht zum 16. d. Ms. wurde im Dorfe Brudzewo beim Propst Pogorzelski ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden: zwei Reverenden, zwei Priester gewänder, eine Alte, mehrere Angläge. Mäntel, weiße und Tricothemden, Unterwäsche. Tischdecken, Mundtücher u. dgl. im Gesamtwert von 2500 zl.

**Wettervorhersage für Donnerstag, 28. Januar.**

Berlin, 27. Januar. Nach vorübergehender Aufheiterung wieder bewölkt, ohne wesentliche Niederschläge, auffrischende Südostwinde und etwas kühle Nacht. Tagess temperatur unverändert.

**Briefkasten der Schriftleitung.**

(Anläufe werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit freiem Platz zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung nur werktäglich von 12—1 1/2 Uhr.

M. W. in Cz. Die drei Milliarden poln. Mark hatten einen Wert von 1150 deutschen Mark.

G. S. B. 1. Da die Kredite schweine ausdrücklich eine derartige Klausel enthalten, sind die Binsen in der vom Vorstand festgesetzten Höhe zulässig. Wegen der Aufwertung der Forde rung empfehlen wir Ihnen, den Rat eines Rechtsanwalts in Anspruch zu nehmen. Das Gleiche gilt für die Beantwortung der Fragen zu 2 bis 5.

B. 72. 1. Falls es sich um dieselbe Person handelt, hat diese Anspruch auf ermäßigte Eisenbahnfahrt. In welcher Höhe, das können wir Ihnen nicht sagen. Handelt es sich um zwei verschiedene Personen, so scheidet die zweite für die ermäßigte Eisenbahnfahrt aus. 2. Darüber wird Ihnen Ihre Eisenbahngesellschaft die zuverlässigste Auskunft geben können.

E. M. M. Wenden Sie sich an Herrn Pastor Kamuel in Posen, ul. Szamarzewskiego 3.

G. H. in J. 1. Wenn Sie das Geld vorbehaltlos angenommen haben, können Sie jetzt keine nachträgliche Aufwertung verlangen. Der Wert richtet sich ganz danach, in welcher Höhe die Sparfasse aufgewertet was wir nicht wissen können. 2. Hier gilt die polnische Aufwertungsverordnung; mithin in polnischem Gelde.

H. B. 1. In diesem Falle ist die Forderung bei der Sparfasse anzumelden. 2. Diese Forderung bedarf überhaupt keiner Anmeldung.

B. 25. 1. Zur Zahlung einer Entschädigung an die uneheliche Mutter kann der Vater des Kindes durch gerichtliche Klage gezwungen werden. 2. Dagegen wäre eine Klage auf Gingehung der Eltern ausgeschlossen und um so weniger zu empfehlen, weil eine erzwungene Eltern doch niemals glücklich werden könnte.

W. Sch. in A. Wir bedauern, Ihre Fragen nicht beantworten zu können, da uns hierfür jede Grundlage fehlt.

P. A. in R. 1. Die Steuern sind von Ihnen hier zu entrichten. Zuständig ist für Sie die polnische Finanzbehörde. 2. Die Hypothek ist nach Umwertung im Bloß (100 Mr. = 123 zl) mit 15% aufzuwerten. An Binsen können solche vom 1. Januar 1925 ab bis zu 24% verabredet werden. Die Böschung der Hypothek kann nur mit Genehmigung des Gläubigers erfolgen. Eine Änderung des St. gültigen Rechts erscheint uns ganz ausgeschlossen.

**Büchertisch.**

\* Heft 10 der "Europäischen Revue". Der gewesene Unterstaatsminister A. de Monzie, jetzt Minister für öffentliche Arbeiten, schildert in unumwundener Aufrichtigkeit die Motive seines Berliner Besuches im vergangenen Herbst. Mit offiziellen Dokumenten belegt, sagen diese Ausführungen, dass die französischen Regierungen seit dem 11. Mai 1924 bemüht sind, die öffentliche Mein

# Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

## Handelsnachrichten.

Um die Haferausfuhr. Nach dem „Kurier Poznański“ ist in der letzten Sitzung des Wirtschaftskomitees der Antrag des Kriegsministers auf Verbot der Haferausfuhr abgelehnt worden. Dasselbe geschah mit dem Antrage des Landwirtschaftsministers auf Einführung von Ausfuhrabgaben für Kleie.

Der polnische Saatenstand hat sich in letzter Zeit etwas gebessert, so daß die Befürchtungen, die man wegen der Folgen des ungünstigen Oktoberwetters gehabt hatte, wieder zurückgetreten sind. Nach den jetzt vorliegenden amtlichen statistischen Ermittlungen war der Stand (nach dem Fünfpunktesystem) am 1. Januar für Roggen und Weizen 3.3. Am meisten zurück ist das Wachstum im Nordosten des Landes.

Die Erhöhung der polnisch-oberösterreichischen Kohlenpreise, die schon seit einiger Zeit erwartet wurde, soll nunmehr am 1. Februar erfolgen, und zwar um 6.25 Prozent, da die Arbeiterlöhne um 5 Prozent herausgesetzt wurden. (Die Differenzen wegen der Arbeitszeit zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind vorläufig noch nicht beigelegt.) Auch im Dombrower Revier werden die Preise voraussichtlich erhöht werden, da auch hier die Produktionskosten gestiegen sind. Die Belastung der polnischen Kohlenproduktion durch soziale Leistungen wird vom „Kurier Polski“ mit 2.32 Złoty je Tonne berechnet, so daß sie bei einem Exportpreis von 8 bis 10 Złoty je Tonne ungefähr 25 Prozent ausmachen würde. (Die Verantwortung für diese Zahlen müssen wir freilich dem genannten Blatt überlassen. D. Red.)

Die polnische chemische Industrie befindet sich infolge der allgemeinen Wirtschaftskrisis in einer sehr schwierigen Lage. Die Hauptprodukte der polnischen Fabrikation, wie Schwefel-, Salz- und Salpetersäure, bilden in den Gesamtumsätzen wegen des geringen Bedarfs für industrielle Zwecke nur einen sehr kleinen Prozentsatz. Gemildert wird die Lage bis zu einem gewissen Grade durch die Produktion von Superphosphaten, die für die polnische Landwirtschaft in Frage kommen. Aber auch sie hat mit bedeutenden Hindernissen zu kämpfen, vor allem mit dem Kreditmangel. Normalerweise werden Neumannskredite gewährt. Gegenwärtig werden Kredite der zahlungsunfähigen Landwirtschaft aber überhaupt versagt. Man verlangt staatliche Garantie, deren Form noch nicht näher festgelegt ist. Durch den schwankenden Złotykurs haben die Industriellen große Verluste erlitten, besonders aber deshalb, weil 70 Prozent der Rohstoffe, die in fremder Valuta zahlt werden, aus dem Ausland bezogen werden. Die Kreditfrage soll in aller nächster Zeit entschieden werden. Die Verhandlungen mit der Regierung und den Vertretern des Verbandes der Superphosphatproduzenten sind bereits im Gange. Eine nicht unbedeutende Rolle spielt auch die Zollfrage, und zwar mit Rücksicht auf die erfolgreiche Konkurrenz der ausländischen Exporteure, die die Ware zu bedeutend günstigeren Kreditbedingungen liefern können. Daher treten die polnischen Fabriken dafür ein, daß der Zollsatz von 1 Złoty für Superphosphate auf 1.50 Złoty je 100 kg erhöht wird.

Die polnische Hefeindustrie befindet sich in einer schwierigen Lage, die sich angesichts der starken ausländischen Konkurrenz noch zuzuspitzen droht. In letzter Zeit hat die Einfuhr bedeutend zugenommen. Während im Laufe von 10 Monaten des Jahres 1924 89 Tonnen Hefe eingeführt wurden, stieg diese Menge in denselben Zeitabschnitt des Jahres 1925 auf 164 Tonnen. Infolge des Złotysturzes ist der Zollschatz um über 40 Prozent zurückgegangen. Einträchtigt wurde er auch dadurch, daß der Tschechoslowakei eine Zollermäßigung für Hefe von 40 Prozent zugeschlagen wurde. Eine Erleichterung erfährt die Einfuhr aus der Tschechoslowakei noch durch die Herabsetzung des Exportpreises auf 3.50 tschechische Kronen, während der Inlandspreis in der Tschechoslowakei 8.50 Kronen beträgt. Außerdem beläuft sich der tschechische Einfuhrzoll auf 5.50 Kronen je kg, der polnische auf nur 0.85 Złoty. Hierbei ist noch zu bemerken, daß die Tschechoslowakei ihre Spiritusindustrie nicht hemmt und mit um 30 Prozent niedrigeren Arbeitslöhnen, billigerem Rohstoff und Kapital und niedrigeren Steuern arbeitet. Auch hat die tschechische Industrie nicht so bedeutende Verluste wie die polnische durch die Insolvenz eines bedeutenden Teils ihrer Abnehmer erlitten. Um diesen Industriezweig Polens zu heben, wird von den Interessenten eine Erhöhung des Einfuhrzolls bis auf den Stand des tschechischen und eine Verschärfung der Zollvorschriften zur Bekämpfung der illegalen Hefeefuhr, die in letzter Zeit immer mehr zunahm, gefordert. Auch wird eine Revision der bisherigen Politik des Spiritusmonopols der Hefeindustrie gegenüber als notwendig erachtet.

Über den polnischen Luftverkehr im November macht das Warschauer Eisenbahministerium folgende Angaben: Insgesamt wurden 228 Flüge unternommen, auf denen eine Strecke von 76 689 km zurückgelegt worden ist. Befördert wurden 432 Passagiere und 8031 kg Gepäck. — Der Winterflugverkehr soll nach Möglichkeit aufrecht erhalten werden. Vorläufig ist er folgendermaßen geregelt: ab Warschau: Montag, Mittwoch und Freitag, 10 Uhr vormittags und ab Danzig: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, 10 Uhr vormittags, Warschau—Leipzig 9 Uhr vormittags und ebenso Lemberg—Warschau. Warschau—Krakau 8.45 Uhr vormittags und Krakau—Warschau 12.30 Uhr, Krakau—Wien 11.30 Uhr vormittags und Wien—Krakau 10 Uhr. Auf der Linie Lemberg—Krakau ist der Verkehr vorläufig eingestellt.

Die Pengowährung. (W. K.) Bei der ungarischen Post wird die Pengorechnung mit dem 1. März d. J. eingeführt.

Rauchwarensteigerung in Leipzig. Leipzig, den 22. Januar 1926. Die 28. Auktion der Ravag, als erste im neuen Jahre, brachte außer gewöhnlich reichhaltige Kollektionen vollwertiger Winterware in allen Artikeln zum Angebot. Die schon im Vormonat in Erscheinung getretene freundliche Stimmung hielt auch weiter an. Der Verlauf der Auktion gestaltete sich daher sehr lebhaft und die Tendenz war im allgemeinen als fest zu bezeichnen. Das umfangreiche Angebot wurde bis auf einzelne Lose flott aufgenommen. Die Untersetzen Fächer erhielten eine kleine Abschwächung, während die besseren Qualitäten durchschnittlich alte Preise erzielten. 11 tisse wurden zu letzten Notierungen gut

gekauft, mit Ausnahme der 1a großen, die 10–15% nachgaben. Besonders begehr waren Steinmader. Sämtliche Sorten konnten ihre Preise verbessern; wesentliche Preiserhöhungen erhielten sich für die Untersetzen. Baumader lagen besser als im Vormonat, besonders für die geringeren Qualitäten wurden sehr hohe Gebote abgegeben, auch die Prima wurden zu anziehenden Notierungen aufgenommen. Für Dachse und Ottern zeigten sich keine wesentlichen Veränderungen. Lebhaftem Interesse begegneten Wiesel und Eichhörnchen. Braune und graue Wiesel wurden bis 30%, Winterware bis 10% höher bezahlt. Sommer- und Übergangseichhörnchen lagen bis 40% gehoben, Winter 10%. Von Haustieren waren die III. und II. Sorte behauptet, während die Prima etwas nachgaben. Maulwürfe verkauften sich durchschnittlich zu alten Preisen, nur die vorjährige Winterware war etwas abgeschwächt. Einfarbige Winterkatzen waren gut gefragt bei steigenden Preisen, Übergang preishaltend. Sommerware etwas billiger. Das Angebot in Zicken war der Zeit entsprechend nicht bedeutend, die Gebote bewegten sich auf Vormonatsbasis. Die Nachfrage für Kanin hielt in allen Sorten weiter an. Es ergaben sich Preiserhöhungen von 10–20% mit Ausnahme der weißen und einfarbigen, die zu alten Preisen aufgenommen wurden. Wildkanin waren zirka 20%. Hasen zirka 10% ge- bessert.

Die nächste Ravagversteigerung ist auf den 24. und 25. Februar 1926 mit Annahmeschluß am 12. Februar 1926 festgesetzt.

## Märkte.

Getreide. Warschau, 26. Januar. Für 100 kg fr. Verladestation (fr. Warschau). Kongr.-Roggen 120 f hol 22½, 118 f hol 22, Kongr.-Braunerste 24–24½, Graupengerste 22½, Leinkuchen 37, Roggenkleie (13.75).

Danzig, 26. Januar. Weizen 128–130 f hol 13–13½, Roggen 118 f hol 8.40–8.50, Futtergerste 8.25–8.60, Braunerste 8½–9½, Roggenkleie 5½, Weizenkleie 6½–7, 60proz. R.-Mehl 27½, „000“ W.-Mehl 49, „000“ neues Inlandsweizenmehl 42½.

Hamburg, 26. Januar. Für 1000 kg in deutscher Mark. Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Weizen- und Roggenkleie fr. norddeutsche Stationen. Hafer und Kartoffelflocken fr. Station Schlesien. Weizen 253–258, Roggen 152–160, Wintergerste 163–167, ausl. 164–166, Hafer 144–176, Mais fr. Hamburger Hafen 174 bis 179, für 100 kg Weizenmehl 48, Backmehl 41, Inlandsmehl 38–41, 70proz. 33–35, amerikanisches fr. Hamburger Hafen 7½–9½ Dollar. 70proz. R.-Mehl 26–26½–28½. Tendenz für Mehl beständig, für Futtermittel ruhig.

Berlin, 27. Januar. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen märk. 242–248, pommerscher 242–248, März 265–264, Mai 272–270½–271, Roggen märk. 149–156, pommerscher 147–154, März 178½–177, Mai 190–188, Gerste: Sommergerste 172–201, Futter- und Wintergerste 142–160, Hafer, märk. 157–168, westpr. —, März 179. —, Weizenmehl: fr. Berlin 22½–24½, Weizenkleie: fr. Berlin 11½–11½, Roggenkleie: fr. Berlin 9.6–10.10, Raps: 340–350, Leinsaat: —, Viktoriaerbsen: 26.00–35.00, Kleine Speiserbsen: 22.00–25.00, Futtererbsen: 20.00–22.00, Peinschken: 20.00–21.00, Ackerbohnen: 20.00–21.00, Wicken: 21.00–23.00, Lupinen: blau 12–12½, Lupinen: gelb 14.00–15.00, Seradella: neue 19.00–20, Rapskuchen: 15½, Leinkuchen: 22.00–22.50, Trocken schnitzel: 8, Sojaschrot: 19.50 bis 19.80, Tortfmasse: 30/70 7.80, Kartoffelflocken: 14½–15.00. Tendenz für Roggen: matter, Gerste: ruhig, Hafer: stetig.

Metalle. Berlin, 26. Januar. Elektrolytkupfer sof. Lieferung cyf. Hamburg, Bremen oder Rotterdam (fr. 100 kg) 132½, Raff.-Kupfer 99–99.3% und Standard 1.17–1.18, Orig. Hüttenrohrzink i. fr. Verkehr 0.73–0.74, Remelt-Plattenzink gew. Handelszink 0.66–0.67, Orig. Hüttenaluminium 98–99% 2.35–2.40, dasselbe in Barren, gewalzt und gez. in Drahtbarren 2.45–2.50, Reinnickel 98–99% 3.45–3.50, Antimon Regulus 1.90–1.95, Silber mind. 0.900 f. in Barren 92½–93½ Mk. für 1 kg, Gold im fr. Verkehr 2.80½–2.82½ Mk. für 1 Gramm, Platin im fr. Verkehr 14.10–14.30 Mk. für 1 Gramm.

Wolle. Budapest, 26. Januar. Für 1 kg in 1000 Kronen. Domänenwolle prima Kamingarn 32, mittleres 30, gew. Material 27, Schafwolle 21–25, gewöhnliche 23–24.

Baumwolle. Bremen, 26. Januar. Amtliche Notierungen in amerikanischen Cts. für 1 engl. Pfund (453 Gramm). 1. Ziffer Verkauf, 2. Einkauf. Amerik. Baumwolle loko 22.18, Januar 20.37, März 20.25–20.18, Mai 20.28–20.20, Juli 20.15–20.06, September 19.72–19.62, Oktober 19.58–19.50, Dezember 19.40–19.32. Tendenz ruhig.

## Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörsen vom 27. Januar 1926.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

Weizen . . . . .	32.50–34.50	Hafer . . . . .	20.00–21.00
Roggen . . . . .	19.50–20.50	Blaue Lupinen . . . . .	12.00–14.00
Weizenmehl (65 % inkl. Säcke) . . . . .	52.50–55.50	Gelbe Lupinen . . . . .	15.00–17.00
Roggenmehl I. Sorte (70% inkl. Säcke) . . . . .	31.75–32.75	Weizenkleie . . . . .	15.00–16.00
Roggenmehl (65 % inkl. Säcke) . . . . .	33.25–34.35	Roggenkleie . . . . .	13.50–14.50
Braunerste prima . . . . .	21.00–23.00	Kartoffelflocken . . . . .	13.00–14.00
Gerste . . . . .	20.00–21.00	Getr. Rübenschitzel . . . . .	8.50–9.50
Felderbsen . . . . .	28.00–29.00	Seradella . . . . .	20.00–23.00
Viktoriaerbsen . . . . .	35.00–39.00	Stroh, lose . . . . .	1.80–2.00
		Stroh, gepräst . . . . .	2.85–3.05
		Heu, lose . . . . .	6.35–7.15
		Heu, gepräst . . . . .	8.60–9.40

Tendenz: schwach.

4 Pos. Pfdr. alt . . . . .	—	27.1.	26.1.	Posener Börse.
6 listy zbożowe . . . . .	5.30	5.30	5.30	Hurtown. Skór I.-IV. —
8 dolar. listy . . . . .	2.90	2.90	2.80	Juno I.-III. —
5 Poż. konwers. . . . .	0.30	0.30	0.30	Luban. L-IV. —
Bk. Kw. Pot. I.-VIII. . . . .	1.05	1.05	—	Dr. R. May L-V. —
Bk. Przemysł. I.-II. . . . .	—	—	—	M. i. Tart. Wagr. I.-II. —
Bk. Szar. L.-XI. . . . .	4.00	4.00	—	Mlyn Pozn. I.-IV. —
Bk. Ziemiań I.-V. . . . .	—	—	—	Piotno I.-III. —
Arkona I.-V. . . . .	—	—	0.90	Pnoumatyk I.-IV. —
Barcikowski I.-VII. . . . .	—	—	—	Sp. Drzewna I.-VIL. —
Brow. Krotoez. I.-V. . . . .	—	—	—	Stołarska I.-III. —
Brzeski-Auto I.-III. . . . .	—	—	—	Star. Fab. Mebl. L-II. —
Cegieliski I.-IX. . . . .	—	—	—	Tri I.-III. —
Centr. Rolnik. I.-VII. . . . .	—	—	—	Unia I.-III. —
Centr. Skór I.-V. . . . .	0.30	—	—	Wag., Ostrowo I.-IV. —
Dębieńsk. I.-V. . . . .	—	—	—	Wisl. Bydg. I.-III. —
Goplana I.-III. . . . .	—	—	—	Wyt. Chem. I.-VI. —
C. Hartwiz. I.-VII. . . . .	0.30	—	—	Zj. Brow. Grodz. I.-IV. —
Hartw. Kant. I.-II. . . . .	—	—	2.50	Tendenz: unverändert.

—

## Warschauer Börse.

Devisen (Geldk.) . . . . .	27.1.	26.1.	27.1.	26.1.
Amsterdam . . . . .	—	293.78	Paris . . . . .	27.39
Berlin* . . . . .	174.00	174.00	Prag . . . . .	21.66
Helsingfors . . . . .	—	—	Stockholm . . . . .	—
London . . . . .	35.59	35.59	Wien .	